BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
Mai / Juni
Nr. 3 / 2019

WAS SICH IN DER BILDUNG ÄNDERN MUSS

GEW

Moderne Sklavenhaltung

»Zeitarbeit« als kosteneffiziente Methode der Menschenverwertung

Von Adriana Sprenger

Adriana Sprenger

■ Zeitarbeit, Leiharbeit, Arbeitsmarkt-Flexibilisierung – viele Begriffe, ein System. Eigentlich sollte Zeitarbeit nur eine Übergangslösung für Wenige sein, um diese leichter »in den Arbeitsmarkt zu integrieren«. Daraus hat sich nach Jahrzehnten ein überaus lukratives Geschäftsmodell für die Vermittlerbranche entwickelt. Firmen betrachten Menschen von vornherein als Wegwerf-Mitarbeiter. Die Arbeitenden müssen buchstäblich zwei Herren dienen – entsprechend wenig Lohn bleibt für sie übrig. Es ist ein System, das oftmals als Chance propagiert wird, sich aber für viele Betroffene als Sackgasse entpuppt.

»Zeitarbeit bedeutet ›Arbeiten auf Zeit‹: Ein/e Arbeitnehmer/in (die Leiharbeitskraft) hat einen Arbeitsvertrag mit einer Verleihfirma geschlossen. Die Verleihfirma setzt die Leiharbeitskraft daraufhin befristet bei einem Kunden (dem Entleiher) ein.« So lautet also die offizielle Definition auf der Seite der Bundesagentur für Arbeit, die Hand in Hand mit den sogenannten Verleihern zusammenarbeitet. Hier herrscht reger Austausch, um auch das Nichterscheinen zu Vorstellungsgesprächen zu sanktionieren. Zudem heißt es auf der Seite der Bundesagentur: »Zeitarbeit (Arbeitnehmerüberlassung) ist eine Möglichkeit, die Zeit zur nächsten Festanstellung zu überbrücken.« Klingt gut, oder?

Leere Versprechung

Ich kann leider aus eigener Erfahrung sagen, dass ein gelungener Einstieg ins Berufsleben oder eine kurze Überbrückung zur nächsten Festanstellung ganz anders aussieht. Zumindest im Bereich der Helfertätigkeiten, die den größten Teil des Leiharbeitssektors ausmachen. Die meisten Mitarbeiter, die bei Personaldienstleistern unter Vertrag stehen und gerade verliehen werden, wandern von einem zum nächsten, da die betriebsbedingte kurzfristige Kündigung meist nicht lange auf sich warten lässt. Sei es wegen saisonaler Schwankungen oder der internen Auftragslage. Die Aussicht auf eine Festanstellung wird hier lediglich als Lockmittel benutzt, das sich in den meisten Fällen nur als leere Versprechung entpuppt.

Unerträglicher Dauerzustand

Die Lebensläufe dieser Menschen waren und sind in der Regel ein Sammelsurium aus kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen aller regionalen Personaldienstleister. Somit ist dies keine Überbrückung und schon gar nicht ein Einstieg, sondern ein unerträglicher Dauerzustand. Es heißt ja auch Dienstleistung – somit gilt der Slogan »Der Kunde ist König«. Der Kunde hätte die Stellen immer gern so schnell wie möglich besetzt. Am besten schon gestern. Das ist keine leichte Aufgabe für die dortigen Disponenten. Versuchen Sie doch einmal, eine körperlich anstrengende Helfertätigkeit im Dreischichtbetrieb mit lächerlichen Fahrtkostenerstattungen und ohne reale Aussicht auf eine Festanstellung für unter zehn Euro die Stunde an den Mann oder an die Frau zu bringen. Dies geht nur mit schön- und vor allem gut Zureden – verständlicherweise!

Mit allerlei Tricks

Natürlich gibt es vertraglich festgesetzte Richtlinien, welche auch diesen Kunden an sogenannte »Abmeldefristen« bindet. Dies sollte – auch den/die Arbeitnehmer/in – vor prompten Entlassungen schützen. Jedoch wird hier seitens des Dienstleisters oft ein Auge zugedrückt, wenn es um die Kundenzufriedenheit und weitere Zusammenarbeit geht. Das heißt: Der Personaldienstleister sorgt mit allerlei Tricks für eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wenn der Leih-Arbeitgeber es wünscht. Kommt es, wie schon erwähnt, zu einer Abmeldung des Mitarbeiters durch den Kunden – sprich Arbeitgeber – und steht zudem kein Nachfolgeauftrag für den Mitarbeiter an, wird jede noch so ethisch oder moralisch verwerfliche Methode dafür genutzt, sicherzustellen, dass auch ja kein Geld mehr umsonst ausgegeben wird. Sei es durch das Einsetzen von Urlaubstagen, das Sammeln von unterschriebenen Fehltagen oder das Anbieten von noch mieseren Jobs. Hier werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die letzten Tage des Beschäftigungsverhältnisses kostenfrei zu überbrücken und das Auflösen desselbigen so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen. Ganz nach Wunsch des Arbeitgebers.

Kein Mehrwert

Allein jedoch der Begriff »leihen« sollte alle Alarmglocken erklingen lassen. Menschen leihen Menschen aus. Dieses System hat keinerlei Mehrwert für die Beschäftigten. Und genau dieses System ist mittlerweile das Fundament einer ganzen Branche. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Anzahl der Leiharbeitnehmer etwa verdreifacht – auf mehr als eine Million Menschen. Die »Reform« von 2017 hat viele Schlupflöcher gelassen. Sowohl Lohn- als auch Leistungsdruck – auch auf die Festangestellten – steigen an; Interessenvertretung ist Fehlanzeige. Zeitarbeiter haben keine Lobby, sie können schnell und unkompliziert entlassen werden, völlig ohne Kündigungsschutz, Sozialauswahl oder Abfindung. Lebensplanung und – weiter in die Zukunft gedacht – eine Alterssicherung, die diesen Namen verdient, bleiben so eine Illusion.

Der Text ist zuerst im Magazin Rubikon erschienen. Rubikon berichtet laut Selbsteinschätzung über das, was in den Massenmedien meist nicht zu finden ist. Geschrieben von unabhängigen Journalistinnen und Journalisten.

moment mal

Investieren in Infrastruktur – aber richtig

Ein bisschen mehr reicht nicht

Von Karsten Krüger

Am 26. Mai dürfen wir wieder wählen. Unsere Stimmen sollen unter anderem die Bildungspolitik beeinflussen. Aber dort läuft seit langem mehr schief als rund. Zum Beispiel: Dauerprobleme in Kitas oder der Inklusion. Sie werden zu Recht emotional und scharf kritisiert. Eltern, Bildungsbeschäftigte und anderweitig Involvierte sind sauer über jahrzehntelange Versäumnisse und das ewige »Klein-Klein«. Sie wollen endlich nachhaltige Verbesserungen. Das wissen auch Landesregierung und Opposition. Klar, dass die Parteien die Bildung zum zentralen Wahlkampfthema machen. Sie wollen (weiter) regieren. Sie versprechen ein bisschen mehr Bildungsausgaben (SPD), sie träumen (»I have a stream«, CDU, »Weltbeste Bildung«, FDP), sie verteilen Wahlgeschenke (Gehaltssprung für A12/ E12-Lehrkräfte, relativ schnelle Übertragung der ÖD-Tarifergebnisse, Rot-Grün). Liest sich gut, hilft aber – wenn überhaupt – nur ein bisschen.

Was wirklich helfen würde, wird nicht gewollt und verschwiegen. Anders die Bremer Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem aktuellen Memorandum: »Für den notwendigen Umbau im Bereich Bildung sind bundesweit Ausgaben von jährlich 25 Milliarden Euro zusätzlich nötig.« Für Bremen also umgerechnet etwa 250 Millionen. Damit könnten »gesellschaftliche Bedarfe und berechtigte Anliegen nach mehr und qualitativ besserer Bildung« bedient werden. Kitas und Inklusionsverantwortliche – zum Beispiel – würden sich freuen. Diese Forderung und die damit verbundenen positiven Wirkungen stehen aber nicht zur Wahl. Leider.

In-Team

Glückwunsch zum 70.

Rauchende Köpfe – ein passender Titel für unsere Planungssitzungen. Wer schreibt was mit welcher Intention? Das ist genauso produktiv wie anregend. Dass die Mitarbeit in der Redaktion geistig rege hält, spüren wir. Jetzt haben wir einen neuen Beweis: Jürgen – unser Erfahrenster im Team – hatte seinen 70. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. krü

Planung

Heft Nr. 4/2019: Digitalisierung: Lernen mit Kopf, Herz und Hand
Redaktionsschluss: 03.06.2019

Rubriken

2 **Moderne Sklavenhaltung**
Adriana Sprenger

3 **Richtig investieren**
Karsten Krüger

4-6 **Landesvorstand**

Was sich in der Bildung ändern muss

7 **Vorwort**
Karsten Krüger

9-11 **Interview mit Carsten Sieling**
Werner Pfau und Karsten Krüger

12-13 **Bildungsfinanzierung**
Jürgen Burger

14 **Universität**
Inge Kleemann

15 **Bildungsorientierung**
Helmut Zachau

16-17 **Kita**
Sylvia Streibl

18 **Eltern**
Michael Skibbe

19 **Quer- und Seiteneinstieg**
Peer Jaschinski

20-21 **Schulsport**
Jürgen Hadstein

22 **Schulleitungsvereinigung**
Thorsten Maaß

23 **Bewegung »Aufstehen«**
Eckhard Feige

Bildung – Politik – Gesellschaft

24 **Serie: Kernthemen der GEW, 1. Teil**
Bernd Winkelmann

25-27 **Politische Bildung**
Werner Pfau

27 **Kulturprojekt**
Werner Pfau

Weitere Rubriken

28 **Recht**
29-31 **Aus Fachgruppen und Arbeitskreisen**
32 **Gratulationen**
33 **Buchtipps**
34 **Frischluft**
Wilfried Meyer

35 **Hinweise**
36 **Seminare**

BLZ

Mai/Juni 2019
68. (80.) Jahrgang

Impressum:

BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0,
Fax 0421-337 64 30
blz@gew-hb.de
www.gew-bremen.de
www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten: Mo-Do 8-12.30, 13-16 Uhr und Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Susanne Carstensen
s.carstensen@schule.bremerhaven.de
Tel. 0152- 31882209

Swantje Hüsken
Tel. 0151-10774532
s.huesken@email.de

Karsten Krüger
Geschäftsf. Redakteur
Tel. 0173-6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170-2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
internationales@gew-hb.de

Mitarbeit:
Jürgen Burger, Jan Ströh

Korrektur:
Gerhild Fiege

»Termine und Hinweise«:
Jürgen Burger
Tel. 0421-71153
burger@gew-hb.de

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-7016 92

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstraße 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 0421-55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
Anzeigenpreisliste
Anzeigenschluss:
Heft 4 am 03.06.2019

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Lautstarke Demonstration: Schulen aus dem Bremer Westen haben gemeinsam auf dem Marktplatz für bessere Bedingungen mit Plakaten, Pfeifen, Säulen und lauter Musik vor der Bürgerschaft protestiert. Sie wollen eine bessere Ausstattung für inklusives Arbeiten, eine verbesserte Digitalisierung, mehr Personal, neue Schulmaterialien, mehr Kooperationszeit, eine durchgängige Doppelbesetzung und Vertretungsreserve. Mehr als 500 Kinder, Eltern und Lehrkräfte haben ihre Forderungen kundgetan. Daraufhin kamen die Abgeordneten der verschiedenen Parteien hinaus und wurden von den Schüler/innen begrüßt. Die Abgeordneten haben dann vor allen Beteiligten zu den Forderungen Stellung genommen. Schüler/nnen haben Einladungskarten zur Inklusionsparty verteilt, auf denen stand, was in der Schule fehlt. Foto: Karsten Krüger

»AfD unerwünscht«

Proteste gegen Podiumsdiskussion am Schulzentrum Walle

■ Zahlreiche Menschen haben vor dem und im Schulzentrum Walle gegen die Einladung eines AfD-Vertreters zu einer Podiumsdiskussion zur Bürgerschaftswahl demonstriert. Die Schule hatte die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit der Begründung, alle im Bundestag vertretenen Parteien zu berücksichtigen, zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Daraufhin rief die Gesamtschülervertretung Bremen (GSV) zu einer Demonstration auf. Ihrem Aufruf folgten neben Schülern des Schulzentrums auch die Gruppe »Omas gegen Rechts« und das Aktionsbündnis gegen ein mögliches AfD-Büro in Walle. Die GSV forderte die Schulleitung auf, eine Erklärung abzugeben, dass sie keine AfD in den Schulen haben will. »Wir sind heute hier, weil wir eine Schule ohne AfD fordern«, rief eine Schülerin von der GSV den Demonstranten zu. »Die Partei verstößt immer wieder gegen unsere Verfassung und missachtet den Rechtsstaat. Sie ist sexistisch, homophob und rassistisch!« Ein Transparent mit der Aufschrift »Wegen AfD heute außer Betrieb« wurde der Plakette »Schule ohne Rassismus« am Schuleingang hinzugefügt. Das Ganze erzeugte einen großen Medienrummel.

Protest in der Aula gegen den AfD-Vertreter

Vorausgegangen war ein Streit zwischen Schülern und Schulleiter Matthias Möller, der die AfD zu der Diskussion eingeladen hatte. Die Grünen-Bürgerschaftsabgeordnete Kai Wargalla hatte daraufhin ihre Teilnahme abgesagt. »Es gab ein Treffen mit zwei Schülerinnen und das war in Ordnung. Einladen oder nicht? Da waren die Positionen einfach unterschiedlich«, sagt Schulleiter Matthias Möller. »DieAfD ist eine demokratisch gewählte Partei, und es bedarf einer Auseinandersetzung. Ich habe auch das Vertrauen in meine Schüler, dass sie die Argumente der Parteien verstehen.«

Die Schüler wandten sich daraufhin an die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und fanden dort Unterstützung. »Aus zwei Gründen finde ich das Verhalten der Schulleitung absolut irritierend«, sagte der Landesvorstandssprecher der GEW, Christian Gloede. »Die AfD ist antidemokratisch und erhält schon genug Aufmerksamkeit. Sie ist stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Dann fragt man sich: Warum ausgerechnet in Walle? Hier wird schon lange gegen die Eröffnung eines AfD-Büros gekämpft. Mit den Positionen muss man sich auseinandersetzen, aber das ginge auch anders.«

Flagge zeigen am 1. Mai

Vielfältige Aktionen der GEW

■ Los ging es mit einem Frühstück in den Weserterassen. Damit waren die Teilnehmer/innen der GEW schon mal gut vorbereitet für die Maifeiertagsaktivitäten. An dem mehrere hundert Meter langen Demonstrationszug vom Weserstadion zum Domshof beteiligten sich nach Angaben des DGB mehr als 3000 Menschen, darunter viele mit der rot-weißen GEW-Fahne. Ein eindrucksvolles Bild. Die Kundgebung folgte dann um 12 Uhr mittags. Dort waren zahlreiche Stände von Gewerkschaften und Verbänden aufgebaut, natürlich auch das Zelt der GEW. krü

Die GEW im Einsatz: Mit Musik, mit Stickern, mit Studierenden und mit jungen Ordnern.
Fotos: Werner Pfau (3) und Inge Kleemann

»Zukunft Bildung Jetzt«

GEW-Protest in Bremerhaven

Von Bernd Winkelmann

■ Eine Idee des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Carsten Sieling, wurde in die Überlegungen zur Zukunft des Bundeslandes eingebracht. Dies war die so genannte Zukunftskommission unter dem Titel »Zukunft Bremen 2035«. Das Bremerhavener Bündnis und die GEW formulieren insbesondere zwei Kritikpunkte.
Die Zeitperspektive für 2035 ist dann zu lang, wenn nicht vorher kurzfristiger wirksam werdende Maßnahmen ergriffen werden. Und: Der Bürgermeisterbericht spricht durchgängig von »Qualifizierung« und »Ausbildung«. Dies greift zu kurz: Bildungsbündnis und GEW fordern eine umfassende Bildung aller Kinder und Jugendlichen gemäß ihrer Möglichkeiten, nicht nur eine Vorbereitung auf die Arbeitswelt im Sinne ökonomischer Verwertbarkeit. Was ist also zu tun? Wir benötigen eine Zukunftskommission, die an den Sorgen und Bedürfnissen der Praxis anknüpft.

Trommeln für eine bessere Bildung. Foto: GEW

Deshalb fand unter Teilnahme von insgesamt 300 Personen die Gründungsversammlung der Kommission »Zukunft Bildung Jetzt« statt. Die Kommission knüpft an die Aktionen des vergangenen Jahres an: Mit dem »Einsammeln des Schrotts« (März 2018) und dem »Legen des Fundaments« (September 2018) konnte die Kommission auf eine solide Vorbereitung zurückgreifen. Schulen und Einrichtungen formulierten ihre Sicht auf die Perspektiven, die sie von einer Entwicklung des Bildungssystems erwarten. Besonders betont wurde: Der Mangel an Personal. Der Mangel an Zeit. Und der Mangel an Ausstattung.

Die Veranstalter*innen zogen ein zufriedenes Resümee. Eine Teilnahme von insgesamt 24 Schulen und Organisationen ist überzeugend. Mit Blick auf die formulierten Vorstellungen ist hervorzuheben, »dass die Akteure weiterhin auf ein Schulsystem setzen, in welchem alle Kinder gemeinsam lernen können. »Allerdings wird dies nur gelingen, auch das ist eine wiederholt formulierte Feststellung, wenn endlich die Rahmenbedingungen den im Schulgesetz ausgeführten Ansprüchen gerecht werden. Nicht erst 2035, sondern jetzt.«

»Mit dem Charakter einer Spaltaxt«

Die GEW kritisiert die ungleiche Bezahlung von Erzieher*innen

Von Christian Gloede

■ Die vor kurzem verkündete bessere Bezahlung von Erzieher*innen, die in Ortsteilen mit einem besonders hohen Sozialindex arbeiten, droht zum Keil zu werden, der gleich mehrfach den Charakter einer Spaltaxt in sich trägt. Bereits die Personalversammlung hatte deutlich gemacht, dass die Akzeptanz auch bei den Beschäftigten von Kita Bremen nicht überschwänglich hoch ist. Auf der Sitzung der Bildungsdeputation setzten sich die Proteste fort.

Die Stärkung der Bildungseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen sei bildungs- wie sozialpolitisch notwendig, um jungen Menschen aus diesen Quartieren Perspektiven zu ermöglichen. Dazu bedürfe es einer angemessenen Personalausstattung mit gut qualifizierten Fachkräften in Kitas und Schulen. »Diese angesichts des Fachkräftemangels mit mehr Geld in die betroffenen Stadtteile zu locken mag auf den ersten Blick nachvollziehbar sein. Bei genauerer Prüfung der Konsequenzen und vor allem einem deutlichen Mehr an Kommunikation hätte diese drohende Spaltung vermieden werden müssen.« Die GEW fordert nun unverzüglich die einheitliche Bezahlung nach S8b.

Unterschiedliche Herausforderungen könnten mit unterschiedlicher Ausstattung oder mit besonderer Qualifikation beantwortet werden, aber nicht unterschiedliches Geld für gleiche Qualifikation und Tätigkeit.
Dabei ginge es nicht um Neid auf mehr Geld, sondern um das Gefühl der Entwertung der eigenen Arbeit bei überall schwierigen und schwieriger werdenden Bedingungen. Dieser ungleichen Entlohnung bei gleicher Qualifikation und derselben Arbeitgeberin (Senatorin für Bildung) muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die Sortierung von Erzieher*innen nach »Kita Bremen mit Sozialindex«, »Kita Bremen ohne Sozialindex« und »Schule« sei absurd und auch nicht mit Fachkräftemangel zu begründen.

Unzufriedene zufrieden machen

Die Forderungen an die Bildungspolitik

Von Karsten Krüger

■ Die Bürgerschaftswahl am 26. Mai wird spannend. Es ist unklar, wer Bürgermeister wird. Es ist unklar, welche Koalition uns bald regieren wird. Es ist unklar, ob wir Claudia Bogedan als Bildungssenatorin behalten. Klar ist aber eins: Wenn 79 Prozent der Befragten mit der Bildungspolitik unzufrieden sind, dann muss sich im Bereich der Bildung etwas ändern. Und schon hatten wir – die BLZ-Redaktion – unser Schwerpunktthema für dieses Heft.

Wir haben bildungsaffine Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angefragt. Die meisten von ihnen mussten nicht lange überlegen, was sie der Redaktion antworten, so das erste Feedback. Wenn nun die verantwortlichen Bildungspolitiker/innen – entweder die bekannten oder die neu gewählten – diese Texte studieren, haben sie eine fundierte Grundlage für den neuen Koalitionsvertrag.

In den Ausführungen kommt zum Ausdruck, dass ein bisschen Personal dort, dass ein bisschen Sanierung da, dass ein bisschen bessere Arbeitsbedingungen nicht ausreichen, um die Probleme nachhaltig zu lösen. Und wenn die Probleme bleiben, dann werden die Unzufriedenen unzufrieden bleiben. Schlimmer noch: Lang anhaltende Unzufriedenheit führt zu Frustration. Und wäre eine denkbar schlechte Grundlage für die nächste Legislatur.

Aber wir – unsere Autorinnen und Autoren, die BLZ-Redaktion und eine große Mehrheit in der GEW insgesamt – strengen uns alle an, bleiben positiv gestimmt und glauben erstmal an die Wahlversprechen der Parteien und deren Umsetzung.

Die Fotos, die die Schwerpunktseiten bebildern, sind diesmal Porträts von Erstwählerinnen und Erstwählern. Einige von ihnen sind noch keine 18 Jahre.

Dass die Wahlbeteiligung dürftig ausfallen könnte, lässt sich sich schon bei unserer nicht repräsentativen Fotoumfrage erahnen.

In der Hoffnung auf den einen oder anderen Erkenntnisgewinn wünscht die BLZ-Redaktion viel Spaß beim Lesen.

Das muss sich in der Bildung ändern

Erstwähler*innen und ihre Forderungen

Benedikt Reimann, 21 Uni Bremen:
Ich gehe wählen, weil ich meine Meinung in der Bürgerschaft repräsentiert haben möchte, und weil ich ein weltoffenes Bremen haben möchte.

Ich bin unzufrieden mit dem AstA. Im Bereich der Schule brauchen wir mehr Lehrkräfte, mehr Erzieherinnen und Erzieher. Und auch mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Melissa Geilersdörfer, 17, Marßel:
Ich werde wohl nicht meine Stimme abgeben, weil Politik und die Bürgerschaftswahl nicht zu meinen Interessen zählt.

Ein Problem ist der regelmäßige Unterrichtsausfall. Statt immer frei zu haben, wäre mehr Vertretungsunterricht besser.

Svea Pehlke, 16, Mahndorf:
Ich wähle, weil mir das Wohl Bremens und Deutschlands wichtig sind. Ich hoffe auf Besserungen.

Die Lehrerinnen und Lehrer sollten bei ihrem Unterricht mehr an uns Schülerinnen und Schüler denken. Warum nicht ein bisschen mehr Spaß. Auch mit den PCs müsste mehr gearbeitet werden.

Bill Nutsua, 17, Gröpelingen:
Ich gehe nicht wählen, weil ich gar nicht weiß, was mir das bringen soll. Ich kenne mich nicht so gut aus, mit der Politik.

Im Bereich der Bildung sollte man nichts verändern. In meiner Schulzeit habe ich vieles verstanden. Die Unterrichtsinhalte waren gut.

»Wir werden Hamburg innerhalb von zwei Jahren nicht erreichen«

Carsten Sieling im BLZ-Interview

■ Der Bürgermeister spricht über den Kampf um finanzielle Handlungsspielräume, die problematische Lage in den Kitas und wie er die Missstände in der Bremer Bildung bekämpfen will.

BLZ: Ihre erste Wahl als amtierender Bürgermeister steht bevor. Es wird knapp. Sind Sie angespannt, weil es möglicherweise schiefgeht?
Nein, ich bin konzentriert und gehe zuversichtlich in die kommenden Wochen. Und Wahlen aus schwieriger Position kenne ich auch.

[redacted]

Die SPD hat die richtigen Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen Bremens. Ich freue mich, dass es nun in die entscheidende Phase des Wahlkampfes geht.

BLZ: Die Umfragewerte für Ihre Partei sind aber schlecht. Die chronisch schwache Bremer CDU liegt gleich auf. Rot-Grün bekommt keine Mehrheit, so viel scheint klar. Es sieht nach Wechselstimmung aus. Woran liegt das, und welchen Anteil hat die SPD daran?
Wechselstimmung sehe ich nicht, eher eine hohe Aufmerksamkeit.

[redacted]

Und das ist gut so, denn es geht bei dieser Wahl um viel, es geht darum, wohin sich unser Land künftig entwickelt. Wir kommen aus einer schwierigen Zeit, in der dreißig Jahre Sparpolitik angesagt war. Um die Finanzen in Ordnung zu bringen und die Schuldenbremse einzuhalten, mussten wir manchmal schwierige Entscheidungen treffen, die jedoch unabweisbar waren. Das Ergebnis ist aber: **Wir haben es geschafft und** ab 2020 wieder erweiterte finanzielle Handlungsmöglichkeiten zur Gestaltung Bremens.

BLZ: Ist es wirklich realistisch, dass der neue Finanzspielraum reicht, angesichts der großen Kürzungen der letzten Jahrzehnte? Müssten nicht weitere Quellen angezapft werden, etwa die Vermögenssteuer? Klammert man sich zu sehr an die schwarze Null des Bundesfinanzministers?

[redacted]

Die Vereinbarungen zur Schuldenbremse haben dazu beigetragen, dass sich die öffentlichen Haushalte konsolidiert haben und dass die Verschuldung, die ja die Spielräume künftiger Generationen einschränkt, eingedämmt wird. Und Bremen wird wie in den letzten Jahren sein Mögliches tun, die Verpflichtungen, die sich aus der Sanierungsvereinbarung auch für die nächsten Jahre ergeben, einzuhalten. Es ist aber wichtig, dass wir in Zeiten der Schuldenbremse weiter stabile Steuereinnahmen haben. Deswegen halte ich überhaupt nichts von den Steuergeschenken die Teile der Union auf Bundesebene oder die FDP versprechen. Und es ist wichtig – in ganz Deutschland – dass wir langfristig wieder verstärkt investieren können.

BLZ: Bildung ist bei Regierung und Opposition Wahlkampfthema Nummer eins. 79 Prozent der Bevölke-

Zusatzinformationen:

Kritisches gekürzt, Wahlkampf-Rhetorik ergänzt

Von Karsten Krüger und Werner Pfau

■ Die BLZ-Redaktion war am 26. April in Sielings Arbeitszimmer zu Gast, interviewte den Bürgermeister – 60 Minuten Fragen und Antworten. Ein Aufnahmegerät speicherte das Gespräch, und es wurde vereinbart, dass die Senatskanzlei das Interview vor Abdruck autorisieren darf. So weit, so gut. Ein heutzutage im Journalismus übliches Prozedere. Wir haben dann das Aufgenommene abgetippt, die Senatskanzlei hat es bearbeitet. Als wir das Interview zurück bekamen, war es ein anderes.

Die Presseabteilung hat an mehreren Stellen Antworten des Bürgermeisters verändert bzw. herausgekürzt; an anderen Stellen komplett neue, im Gespräch nicht gesagte Sätze, ergänzt. Das ist kein übliches Prozedere. Fast alle Passagen, in denen Sieling selbstkritische Sätze zur eigenen Politik gesagt oder Probleme im Bildungsbereich beschrieben hatte, hat seine Presseabteilung verändert oder ganz gestrichen. Um die Eingriffe deutlich zu machen, haben wir **diese Stellen im Interview geschwärzt**. Stattdessen wurden Passagen hinzugefügt – vor allem Wahlkampf-Formulierungen. **Diese Stellen haben wir im Interview rot gefärbt.**

Wir sind überrascht und enttäuscht. Warum rücken Carsten Sieling und sein Pressesprecher von gemachten Aussagen ab, die noch nicht mal brisant waren? Warum wird so mit einer Gewerkschaftszeitung umgegangen? Wir haben diese Vorgehensweise bei der Senatskanzlei kritisiert und angekündigt, dass wir unsere Leser/innen darüber informieren.

rung sind aber nach einer Umfrage mit der Bildungspolitik unzufrieden. Eine schwere Hypothek.
Weitere Verbesserungen im Bildungsbereich sind und bleiben ein zentrales Schwerpunktthema von SPD und Senat. Wir haben aufgrund der engen Finanzvorgaben des Bundes und der Länder zuletzt wie gesagt nur sehr geringe Handlungsspielräume gehabt.

[redacted]

Unter anderem durch die Zuwanderung hatten wir in den letzten Jahren auch erhebliche Herausforderungen in Kitas und Schulen. **Das haben die vor Ort Verantwortlichen hervorragend gemeistert. Im letzten Jahr haben wir nicht zuletzt aufgrund der guten Steuereinnahmen den Bildungsetat bereits um 200 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro in 2019 erhöht. Auch die Bildungsausgaben pro Schüler/in haben wir um 500 Euro ganz ordentlich gesteigert.** Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Ich möchte, dass wir bei den Ausgaben zu den Stadtstaaten Hamburg und Berlin aufschließen. Klar ist: Gute Schule hängt nicht nur am Geld, aber ohne Geld geht auch keine gute Schule.

BLZ: Sie wollen bei den Bildungsausgaben Hamburg und Berlin erreichen. Aber wie soll das gehen bei der großen Differenz?

[redacted]

In dem wir den Bildungsbereich auch in den nächsten Jahren finanziell weiter stärken. Wir werden 95 der 125 Schulen sanieren und neue Schulen bauen. Wir werden die Personalausstattung verbessern, auch verbessern müssen – bei den steigenden Schülerzahlen. Wir werden die Digitalisierung der Schulen vorantreiben und die Qualitätsentwicklung in den Schulen stärken. Dazu zählt auch, dass wir Lehrkräfte dabei unterstützen, dass sie mehr Zeit und Instrumente für eine bessere Diagnostik und Förderung aller Kinder zur Verfügung haben. Wir werden Hamburg und Berlin allerdings nicht innerhalb von einem oder zwei Jahren erreichen. Das wäre abenteuerlich. Wir müssen aber auf das Niveau der anderen kommen.

BLZ: Was wäre denn ein Zeitraum, der nicht abenteuerlich ist?
Jetzt eine Jahreszahl zu nennen wäre unseriös. Wichtig ist, dass wir dem Bildungsbereich weiter höchste Priorität einräumen. **Dafür steht die SPD und dafür stehe ich.**

BLZ: Nichts ist in der Bildung so entscheidend wie die Jahre vor der Schule. Aus den Kitas kommen aber massive Klagen. Haben Sie die Befürchtung, dass Bremen trotz der 45 Millionen Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz nicht aus den Negativschlagzeilen kommt?
Wir haben 2015 die Ressorts Kinder und Bildung zusammengelegt. [redacted]

Ich habe das auf den Weg gebracht, um das Lernen von Beginn an besser und ohne Brüche organisieren und Übergänge sowohl für Kindern und Eltern als auch das pädagogische Personal passgenauer gestalten zu können. Gerade der Bildungsbereich steht aufgrund der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen vor enormen Herausforderungen. **Das beginnt bei den steigenden Kinderzahlen, was an und für sich ja eine überaus erfreuliche Tatsache ist.** Wir haben **deshalb das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte Bremens gestartet und** mehr als 3000 neue Kita-Plätze allein seit 2016 geschaffen. In diesem Kitajahr kommen weitere 800 hinzu. Dabei dürfen wir die Qualität nicht aus den Augen verlieren. Deshalb setzen wir die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz auch für den Qualitätsausbau und die Qualitätssicherung, bspw. zur Stärkung der Sprachförderung und Fachkräftegewinnung ein.

BLZ: Die Kritik reißt aber nicht ab. Zuletzt wurde die unterschiedliche Bezahlung von Erzieher/innen moniert – bei Kita-Bremen, bei den freien Trägern und auch bei den Erzieher/innen im Grundschulbereich. Wie sieht der Plan für die Angleichung aus?

[redacted]

Insbesondere dort, wo die Herausforderungen besonders hoch sind, weil die Kinder nicht so starke Unterstützung aus dem Elternhaus mitbringen, sind wir in der Verantwortung. Für uns bedeutet das, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Daher fangen wir nun an, Erzieher/innen mit der Bezahlung 8b dort besser zu entlohnen, wo die Herausforderungen in der pädagogischen Arbeit aufgrund der örtlichen Sozialstruktur größer sind als anderswo. Auch, weil wir in diesen Stadtteilen dringend qualifiziertes Personal brauchen. [redacted]

BLZ: Gilt nicht auch für Erzieher/innen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit?
Ja natürlich gilt das am Ende, und ich wiederhole mich gern, das ist auch unser Ziel. Aber wir beginnen nun eben damit, die zusätzlichen Mittel dort sehr gezielt einzusetzen, wo die Herausforderungen am größten sind.

BLZ: Handelt es sich nicht eher um eine Verzweiflungsmaßnahme, um das Personal der Brennpunkt-Kitas zu sichern? Werden die Beschäftigten damit nicht gegeneinander ausgespielt?
Nein, das ist keine Verzweiflungstat, das ist eine bewusste politische Entscheidung. Und ich hätte schon erwartet, dass die GEW diesen Schritt als einen Einstieg in die ganz ohne Zweifel notwendige bessere Bezahlung aller Erzieher/innen positiv begleitet.

BLZ: Sie nehmen also den Unmut bei den Erzieher/innen in einigen Stadtteilen in Kauf?
Wenn wir in der Bildungssituation insgesamt aufschließen wollen, müssen wir insbesondere dort mehr und früher unterstützen, wo die Rahmenbedingungen am schwierigsten und die Herausforderungen am größten sind. [redacted]
Und nochmal: dort suchen wir auch händeringend gutes Personal. Deshalb sind wir diesen bewussten Schritt gegangen. **Damit stärken wir auch den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.**

Die BLZ zu Gast in Sielings Arbeitszimmer: Nach dem Interview der obligatorische Fototermin. Foto: Städler

BLZ: Und wann kommt die Angleichung?
Der nächste Schritt ist noch nicht genau geplant. Nach der Wahl wird es Koalitionsverhandlungen geben, der Doppelhaushalt 2020/2021 steht an. Dort werde ich darauf achten, dass wir einen Fahrplan zur Erreichung von »8b für alle« vereinbaren. Das ist mein Ziel.

BLZ: Reizthema Inklusion: Reginald Eichholz, Ex-Kinderbeauftragter von NRW, äußert dazu: Eltern hätten nur das Qualrecht zwischen gut ausgestatteten Förderschulen und unzureichenden Regelschulen. Er erwähnt auch Bremen. Was nützt eine hohe Förderquote, wenn die Ausstattung fehlt? Kann man dann überhaupt noch von Inklusion sprechen?
Es ist klar, dass wir in der Inklusion noch weitere Schritte gehen müssen, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

[redacted]

Andere Länder müssen da erheblich stärker nacharbeiten. Wir haben in Bremen ein sehr ehrgeiziges Tempo angelegt. [redacted] **Ich bin häufig in den Schulen unterwegs und weiß daher auch aus vielen Gesprächen mit welchen Herausforderungen dieser Prozess gerade für die Lehrerinnen und Lehrer verbunden ist. Und ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei allen für das große Engagement und die gute Arbeit unter nicht immer einfachen Bedingungen, das weiß ich.** Andererseits hört man, auch aus Fachverbänden: Ihr seid noch lange nicht perfekt, aber ihr habt die richtige Richtung vorgegeben. Inklusion ist ein wichtiger Schwerpunkt. **Hier war Bremen stets Vorreiter und diesen Weg gehen wir weiter.**

BLZ: Bei den Jugendberufsagenturen (JBA), ein Wahlversprechen schon von 2015, läuft es immer noch nicht rund und effektiv. Zum Beispiel die mangelhafte Kooperation der verschiedenen Rechtskreise.

[redacted] **Die Jugendberufsagentur ist eine wichtige Verbesserung, damit wir junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben möglichst gut unterstützen können. Um der Armut in Bremen ihren Boden zu entziehen, sind gute Berufsabschlüsse der Jugendlichen ein wichtiger Garant und die JBA hierfür ein zentraler Hebel. Der Arbeitssenator und auch ich führen daher regelmäßig Gespräche, um die JBA zu stärken und verbleibende Hürden aus dem Weg zu räumen. Unter anderem stellt das Bundesrecht und der Datenschutz hier sehr hohe Anforderungen. In diesem Punkt ist es gelungen, dass Hamburg und auch Bremen eine Ausnahmegenehmigung bekommen. Es geht also voran – auch wenn ich manchmal vor Ungeduld platzen könnte....**

BLZ: Der islamische Religionsverband Ditib ist ja wieder Thema: Vorstände wurden auf Geheiß aus Ankara ausgetauscht, auch in Bremen/Niedersachsen. Die Regierung in Niedersachsen hatte einen Konflikt mit Ditib, weil die einen Passus zur sexuellen Diskriminierung nicht im Lehrplan haben wollten. In Bremen scheint es keine Probleme mit Ditib zu geben.

[redacted]

In Bremen haben wir keinen konfessionsgebundenen Religionsunterricht. Deshalb stellt sich diese Frage hier bei uns in dieser Form nicht. Ansonsten setzen wir auf den Dialog und arbeiten mit den einzelnen Verbänden, mit denen wir auch vertragliche Beziehungen unterhalten, seit Jahren vertrauensvoll zusammen.

[redacted]

BLZ: Zum Schluss eine Spekulationsfrage: Würden Sie auch Bürgermeister einer rot-grün-roten Koalition sein wollen, wenn die CDU mehr Stimmen bekommt als die SPD, aber keine Regierung zustande bekommt?
Wir stehen vor einer Richtungswahl.

[redacted]

Wenn die SPD nicht stärkste politische Kraft wird, haben die von Ihnen in diesem Interview angesprochenen gewerkschaftlichen Ziele keine Chance. Dann droht eine Jamaika-Koalition - mit allen Folgen. Ich stehe mit der SPD dafür, dass Bremen weiterhin sozial und weltoffen bleibt.

Die Fragen stellte Werner Pfau und Karsten Krüger

Der Mangel wird klein geredet

Wie man mit Beschönigung seine Glaubwürdigkeit untergräbt

Von Jürgen Burger

■ Ein kleiner Vorfall zu Beginn des Schuljahres zeigt, worin das Problem besteht. Die Senatorin für Kinder und Bildung gab – wie jedes Jahr – eine Presseerklärung heraus, in der sie u.a. über den Stand der Unterrichtsversorgung berichtete. Dort hieß es:
»50 der vorhandenen Stellen der allgemeinbildenden Schulen in Bremen konnten noch nicht mit voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern besetzt werden. Diese Stellen werden wie im vergangenen Schuljahr in Absprache mit den betroffenen Schulleitungen befristet in ›Geld umgewandelt‹. So können diese Master-Absolventinnen und Absolventen sowie Kräfte mit dem 1. Staatsexamen und pensionierte Lehrkräfte über die Stadtteilschule einstellen und die Unterrichtsversorgung sichern.«

Alle Erfahrungen sprachen dagegen, dass diese Darstellung stimmen konnte. In den vorangegangenen Schuljahren waren aufgrund des Lehrkräftemangels Hunderte von Vertretungskräften ohne 2. Staatsexamen eingesetzt gewesen. Zwar hatte der Personalrat unter Androhung der Nichtzustimmung zu den Vertretungen durchgesetzt, dass die Zahl der Referendar*innen von 450 auf 600 aufgestockt wurde, um dem Mangel mittelfristig zu begegnen. Aber so schnell konnte diese Maßnahme nicht wirken.

Nachforschungen des Personalrats und der GEW ergaben ein ganz anderes Bild, als das der Senatorin: Im August 2018 waren an den allgemeinbildenden Schulen noch über 100 Stellen gänzlich unbesetzt und 179 Stellen konnten nur durch Vertretungskräfte der Stadtteilschule besetzt werden. Auch im Oktober hatte sich wenig verändert. Die GEW hielt es für angebracht, die Öffentlichkeit zu informieren. Der Weser-Kurier brachte die Information am 14. November 2018 und bat die Bildungsbehörde um eine Stellungnahme. Diese bestritt alles. Pressesprecherin Annette Kemp sagte, GEW und Personalrat begingen einen »Kardinalfehler«.

Da nun Aussage gegen Aussage stand, bat die GEW die bildungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen, in der Deputation einen Überblick über den Stand der Unterrichtsversorgung einzufordern. Nur die CDU und die Linke reagierten und fragten nach. Die Antworten der Behörde bestätigten die Aussagen der GEW. Zum 01.02.2019 waren an den allgemeinbildenden Schulen immer noch 61 Stellen gänzlich unbesetzt und 170 Stellen wurden von der Stadtteilschule vertreten.

Von Informationsfreiheit keine Spur

So brauchte es ein halbes Jahr um offiziell bestätigt zu bekommen, was nach den Erfahrungen der letzten Schuljahre auf der Hand lag; und das in einer Zeit, in der angeblich alle Informationen aus den Behörden der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dies sieht das »Informationsfreiheitsgesetz« vor. Aber die unbequemen Fakten scheinen nicht unter dieses Gesetz zu fallen. Bis 2006 gab die Behörde in der Deputation für Bildung regelmäßig Auskunft über das »Soll« und das »Ist« jeder einzelnen Schule. Die entsprechenden Listen werden auch weiterhin geführt, aber seitdem nicht mehr in der Deputation vorgelegt. Die Informationsfreiheit ist also nicht größer, sondern kleiner geworden.

Der Dauerkonflikt von Versprechungen und Ressourcen

Seit Jahren wird den Eltern und der Öffentlichkeit permanenter Fortschritt versprochen. Bremen rühmt sich, zusammen mit Hamburg und Schleswig-Holstein die höchste Inklusionsquote im Bundesgebiet zu haben. Aber angesichts des Fachkräftemangels führt das immer wieder zu Unterrichtssituationen, die nicht tragbar sind. Die Kundgebung der Oberschulen des Bremer Westens am 27. März hat dies noch einmal nachdrücklich deutlich gemacht. Das Gleiche gilt für die Ganztagsschule. Fehlendes Personal und zu wenig Räume, verspätete Baumaßnahmen, z.B. von Mensen, machen sie oft statt zu einer Verbesserung zu einer Zusatzbelastung für Schüler*innen, Erzieher*innen und Lehrkräfte.

Und wenn aufgrund mangelnder Ressourcen die Versprechungen nicht eingehalten werden können, dann greift die senatorische Behörde in der öffentlichen Darstellung eben zum Mittel der Beschönigung und Verharmlosung. Damit untergräbt sie ihre Glaubwürdigkeit. Geschieht dies immer wieder, dann werden selbst positive Ansätze, wie die Bereitstellung von zwei Unterrichtsstunden pro Lehrkraft für Schulen in schwieriger Lage, nur noch beiläufig zur Kenntnis genommen und schnell abgehakt. Daran ist die Behörde selbst schuld.

Warum werden die Probleme nicht offen benannt?

Offensichtlich ist es in den Verlautbarungen der Senatorin für Kinder und Bildung tabu, die Probleme offen zu benennen. Aber damit ist sie nicht allein. Der Senat und die sie tragenden Parteien verhalten sich ebenso. Dabei ist Fakt, dass die Haushaltsmittel Bremens auch nach der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 nicht ausreichen werden, um die vielfältigen Aufgaben als Stadtstaat angemessen zu bewältigen.

Stolz wird in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen verkündet, dass Bremen ab 2020 jährlich ca. 500 Mio. Euro mehr erhält. Und tatsächlich war dieses Ergebnis ein verhandlungstaktischer Erfolg von Carsten Sieling und Karoline Linnert. Es muss aber bedacht werden, dass die bisher aus Berlin erhaltene Zinsbeihilfe von jährlich 300 Mio. Euro in Zukunft wegfällt. Bremen zahlt jährlich ca. 600 Mio. Euro Zinsen aufgrund der Altschulden von ca. 20 Mrd. Euro. Außerdem hat sich der Senat verpflichtet, jährlich 80 Mio.

Lara Cochius (links), 16, Bremerhaven:
Ich gehe wählen, weil ich mit meiner Stimme über unsere Zukunft bestimmen kann.
Was sich in der Bildung ändern muss: Wir brauchen mehr Lehrer, denn wir können uns kein Stundenausfall mehr leisten. Ich habe seit der 5. Klasse keinen Musikunterricht mehr. Nun möchte ich Musik Leistung auf der Oberstufe wählen, kann aber keine Noten lesen. Außerdem sollte jeder Schüler individuell auf seinen Stärken basierend gefördert werden.

Yette Strauss-Suhr (rechts), 17, Bremerhaven:
Ich gehe wählen, weil jede Stimme gegen Rechts zählt!
Was sich in der Bildung ändern muss: Ich will mehr kreative Fächer wie Kunst und Musik in der Oberschule.

Euro Altschulden abzutragen. Es bleibt also von den ca. 500 Mio. Euro Mehreinnahmen deutlich weniger übrig, wenn es um die Gestaltungsmöglichkeiten des Haushaltes geht. Sollten die Zinsen nach der gegenwärtigen Niedrigzins-Phase wieder steigen, sind die gestiegenen Einnahmen mittelfristig schnell verbraucht.

Den leicht steigenden Einnahmen steht ein riesiger Sanierungsstau gegenüber: Allein im Bereich der Schulbauten beträgt er 675 Mio. Euro. Hinzu kommen die Verkehrs-Infrastruktur und weitere Bereiche. Der Öffentliche Dienst wurde drei Jahrzehnte lang durch Personalkürzungen gebeutelt. Bremen braucht also – wie die meisten Städte in Deutschland – deutlich höhere Einnahmen, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Zwar bekennen sich SPD und Grüne auf den letzten Seiten ihrer Wahlprogramme zu der Forderung nach einer Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Einführung der Vermögens- und Finanztransaktionssteuer. Aber welche Rolle spielt diese Forderung im Wahlkampf? Die Botschaft lautet stattdessen: Wir haben Erfolge erzielt und werden alle Aufgaben bewältigen.

Gleichzeitig wird es versäumt, den programmatischen Aussagen von CDU und FDP offensiv entgegen zu treten. Diese kritisieren nämlich laut die Mängel der Infrastruktur und wollen gleichzeitig die gesamten erstrittenen Millionen bis 2035 in die Abtragung der Altschulden stecken. Damit würde die haushaltspolitische Handlungsunfähigkeit Bremens über ein weiteres Jahrzehnt fortgeschrieben. Das wäre klassische Austeritätspolitik, wie sie die EU den südeuropäischen Ländern mit den bekannten katastrophalen Ergebnissen aufgezwungen hat. Die Gläubigerbanken werden bedient, die Infrastruktur verkommt und wird privatisiert, die Sozialleistungen werden gekürzt. Aber wo treten SPD und Grüne solchen Vorstellungen offensiv entgegen?

Fragt man sich, warum der Bremer Senat nicht fordernder auftritt, so drängt sich die Vermutung auf, dass hierbei parteipolitische Loyalität eine Rolle spielt. SPD-Finanzminister Scholz propagiert die »Schwarze Null« und macht keinerlei Anstalten zu einer Steuerpolitik, die die großen Vermögen stärker heranzieht. Und die Grünen haben bundesweit mit der Propagierung einer »nachhaltigen Haushaltspolitik«, die Haushaltskonsolidierung höher stellt, als die Erledigung der sozialen Aufgaben des Staates, längst Zugeständnisse an die neoliberale Ideologie von »schlanken Staat« gemacht. Gewiss ist es keine leichte Aufgabe, sich diesem Mainstream der Bundespolitik entgegen zu stellen. Aber wer als Repräsentant eines völlig unterfinanzierten Stadtstaates nicht wenigstens der eigenen Bevölkerung die Probleme und die Zwangslage erklärt und stattdessen das Bild einer erfolgreichen Finanzpolitik malt, der untergräbt zunehmend die eigene Glaubwürdigkeit.

Stellen entfristen – Lehre weiterentwickeln – Lehrer*innenbildung stärken

Was sich in der Bildung aus Sicht der Hochschulen ändern muss

Von Inge Kleemann

■ Seit gut einem Jahrzehnt wird in Politik und Wissenschaft über prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft diskutiert. Die entwickelten Maßnahmen bleiben jedoch bislang hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Hochschulen zeigen sich zurückhaltend in der Umsetzung teilweise mit berechtigtem Verweis auf fehlende Finanzsicherheit. Teilweise hat es aber den Anschein, dass sie sich der Aufgabe einer langfristigen Personalplanung nicht stellen und die mittlerweile gewohnte Flexibilität mit allen Mitteln erhalten wollen. Mit der Tenure Track Professur und der Einführung des Senior Lecturers/Senior Reserchers wurde z.B. der rechtliche Rahmen für eine neue unbefristete Stellenkategorie geschaffen. Die Universitätsleitung hat angekündigt in den kommenden fünf bis zehn Jahren lediglich 30 bis 50 dieser Stellen zu schaffen. Angesichts von derzeit weit über Tausend befristenten WiMi-Stellen wirkt dies nur wie ein Tropfen auf einem heißen Stein.

Sorgen um die Zukunft

Im Gegensatz dazu muss die starke Fokussierung auf Projekt- und Drittmittel durch die Entwicklung entsprechender Dauerstellenkonzepte begleitet werden. Beispielsweise gibt es wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die seit vielen Jahren erfolgreich Drittmittel einwerben. Trotzdem müssen sie sich immer wieder Sorgen um ihre Weiterbeschäftigung machen – anstatt dass man ihren nachgewiesenen Erfolg würdigt und eine unbefristete Stelle anbietet. Dies gilt auch für die wissenschaftlichen Angestellten, die über Paktmittel finanziert sind und Daueraufgaben übernehmen (insb. Professorinnenprogramm, Qualitätspakt Lehre etc.).

Auf der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz im Mai werden die Weichen für die weitere Ausgestaltung des Hochschulpakts gestellt. Ursprünglich 2007 ins Leben gerufen um eine vermeintlich vorübergehendes Studierendenhoch zu überbrücken, stellen Mittel der Hochschulpakte I, II und III heute eine tragende finanzielle Säule an den Hochschulen dar. Die GEW erwartet, dass im Land Bremen bei einer Verstetigung der Mittel eine signifikante Anzahl an Dauerstellen geschaffen wird. Dies gilt auch für die Hochschulen, die ihren überbordenden Einsatz von Lehraufträgen damit begründen, sie könnten mit den zeitlich befristeten Paktmitteln keine unbefristeten Professuren einrichten.

Lehrer als wichtiger Baustein

Während im Zuge der Exzellenz- und der Drittmittelorientierung bundesweit in den neoliberalen Umbau der Forschungslandschaft investiert wurde, rückte die Qualität der Lehre über einen langen Zeitraum aus dem Fokus politischer Maßnahmen. Neben der Forschung ist die Lehre jedoch eine der beiden zentralen Aufgaben der Hochschulen und muss dringend aufgewertet werden. Ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Lehre ist eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelationen an allen bremischen Hochschulen. Mit einer Relation von 1 Lehrenden zu 18,3 Studierenden an der Universität und einer Relation an den Fachhochschulen von 1:33,8 schneidet das Bundesland Bremen im Bundesweiten Vergleich schlecht bis sehr schlecht ab. Dies spiegelt sich auch in den eingesetzten Grundmitteln je Studierenden wieder.

Dementsprechend spielt die Lehre auch eine untergeordnete, wenn nicht sogar eine hinderliche Rollen in der Planung einer wissenschaftlichen Karriere, da eine sorgfältig durchgeführte Lehrveranstaltung wertvolle Zeit zur Forschung oder Drittmittelaquise kostet. Lehrerfahrungen muss aber bei der Berufung von Professor*innen genauso stark berücksichtigt werden wie die Forschungsleistung. Schon allein die Frage, wie Lehrerfahrung bewertet werden kann oder muss, dürfte jedoch einige Diskussion nach sich ziehen. Darüber hinaus sind Reflexionsmöglichkeiten und Austausch unter den Lehrenden in der Alltagspraxis der Lehrenden zu fördern z.B. gegenseitige Hospitationen, das Abhalten gemeinsamer Lehrveranstaltungen und den Besuch hochschuldidaktischer Weiterbildungen.

Arbeitsorientierte Bildung

Das Land Bremen beabsichtigt, die Ausbildung im Fach Sportpädagogik wieder aufzunehmen und somit einem hausgemachten Mangel zu korrigieren, mit der Umsetzung ist unverzüglich zu beginnen. Die GEW mahnt an, ebenfalls die Wiedereinführung des Studiengang Arbeitsorientierte Bildung auf die Agenda zu nehmen. Angesichts des dramatischen Lehrkräftemangels müssen die Kapazitäten für die Lehramtsstudiengänge in etlichen Lehrämtern u.a. in der Inklusiven Pädagogik sowie im Grundschullehramt erweitert werden. In der vorliegenden Notsituation ist es wichtig, dass die Universität durch die Einführung von Quer- und Seiteneinstiegsprogrammen sowie Nachqualifizierungsmodellen Verantwortung für die Unterrichtsversorgung an Bremer Schulen übernimmt. Dies sollte in enger Abstimmung aller an der Lehramtsausbildung beteiligten Institutionen und mit Fingerspitzengefühl für ein angemessenes Verhältnis zwischen einer zügigen Ausbildung und Qualitätsansprüchen geschehen.

Mehr Vielfalt durch mehr Bildungsorientierung

Was sich in der Bildung ändern muss: Die Antwort eines Bildungswissenschaftlers

Von Helmut Zachau

■ Bildung soll die Menschen auf eine Gesellschaft der Zukunft vorbereiten, von der wir wissen, dass sie durch eine große Vielfältigkeit ihrer Mitglieder geprägt sein wird. Das Bildungssystem reagiert gemessen an der sich daraus ergebenen Herausforderungen nur rudimentär, denn sein Maßstab des Bildungserfolges ist die Abitur-Quote, das heißt im welchem Umfang die Menschen, die unterschiedlichste kulturell geprägte Qualifikationen und Potenziale haben, sich die Normen, Werte und Ziele des Bildungsbürgertums angeeignet haben.

Alle Potenziale von Anfang an fördern

Die Lehrkräfte holen am Beginn des Schullebens ihre unterschiedlich geprägten Schüler*innen ab und fördern sie mit ihren individuellen Potenzialen nach Kräften. Am Ende zählt lediglich, in welchem Umfang die Kinder die Inhalte, Verhaltensweisen und Normen erfüllen, die zum Beschreiten des gymnasialen Königswegs notwendig sind. Konsequenterweise fällt die Guillotine dann am Ende der Klasse vier, entweder du hast ein ausreichendes Maß an Aneignung geschafft – Gymnasialempfehlung. Oder aber du hast es nicht geschafft – Loser. Im Zentrum steht nicht die Frage: Wie können die individuellen Potenziale bringt des Kindes entwickelt werden, sondern: Wie passen wir es schnellstmöglich an die Ansprüche unseres Bildungswesens an. Fragen, wie zum Beispiel der Schatz der Mehrsprachigkeit in der Familie in der Schule zugunsten eines weiteren Bildungserfolgs gehoben werden könnte, spielen in der aktuellen Debatte keine relevante Rolle. Stattdessen wird irrtümlicherweise Migration als Problem definiert, obwohl wir wissen, dass es Armut ist. Die meist bildungs-bürgerliche Herkunft der Lehrkräfte verstärkt diese Tendenzen.

Diese kulturelle Monopolstellung setzt sich im gesamten allgemeinbildenden Teil des Bildungssystems fort und behindert damit die angemessene Entwicklung vieler Kinder aus Zuwandererfamilien und auch aus wachsenden Milieus, die nicht Mittel- und Oberschicht geprägt sind. Gelingt es ihnen, schulisch erfolgreich zu sein, entfremden sie sich von ihrer Herkunft. Halten sie sich an deren Normen und Werte fest, ist die Wahrscheinlichkeit des schulischen Scheiterns sehr groß.

Bildungsbegriff öffnen

Die Gewerkschaften brachten mit der Forderung nach der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung eine Position zur Öffnung des Bildungsbegriffs ein. Die Wertigkeit der Bildungsabschlüsse ist heute mehr denn je hierarchisiert. Dass die Sozialdemokraten mit dieser Eindimensionalität der Quotenfixierung und Bildungsassimilierung alle anderen Bildungswege diskriminieren, hat sie früher einmal gestört.

Oberschulen verzahnen

In der Folge verrennt sich die bremische Bildungspolitik bei der organisatorischen Umsetzung. Klar definiert ist der Weg zum Abitur mit zwölf Jahren an den durchgängigen Gymnasien. Für die Oberschüler*innen ist das nur für zehn Jahre klar, danach wird es bunt. Sie haben damit natürlich ein großes Problem in der Konkurrenz zu den Gymnasien, weil der folgende Aufbau unklar ist. Unbeschadet davon haben ihre relativ kleinen Oberstufen in der Regel das Problem, dass sich ihr Unterrichtsangebot mangels Masse auf die bildungsbürgerlich geprägten Kernfächer konzentrieren muss. Die Oberschulen müssen systematisch mit den beruflichen Schulen verbunden werden, so dass hier alle Bildungsabschlüsse auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden können. Schon heute werden etwa 40 Prozent aller Hochschulzugangsberechtigungen über die Bildungswege des beruflichen Schulwesens erreicht – die Basis für ein solches Vorhaben ist also gelegt.

Mittleres Leistungssegment stärken

Die Bedürfnisse des heutigen mittleren Leistungssegments würden somit deutlich stärker in den Fokus der bildungspolitischen Diskussion und der realen Gestaltung rücken. Aktuell gilt für diese Gruppe eine abgespeckte gymnasial geprägte Variante ohne eigenen inhaltlichen Bildungsanspruch. Der Facharbeitermangel eröffnet Lebenschancen für

Hannah Seeger, 18, Huchting:
Ich gehe wählen, weil meine Stimme etwas verändern kann und weil jede Stimme, die nicht abgegeben wird, automatisch für die AfD ist.
Was sich in der Bildung ändern muss:
Bildung muss für alle gerechter werden. Und es darf keine Privatschulen geben. Bildung darf nicht vom Geld der Eltern abhängen.

Schüler*innengruppen, die bisher ihre Potenziale nicht ausreichend entfalten konnten oder gar gescheitert sind. Das wäre ein richtiger Schritt zur angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe für diese relativ große Schüler*innengruppe. Mit einer Öffnung der Bildungsorientierung würden sich für viele Entwicklungen wie zum Beispiel die Inklusion oder aber inhaltliche und methodische Innovationen neue Dimensionen öffnen und die Eindimensionalität der aktuellen Praxis brechen. Es ist an der Zeit, diesen Schritt endlich zu tun.

Bildungsplan und Wirklichkeit:

Was sich in der Bildung ändern muss – aus Sicht pädagogischer Fachkräfte im KiTa-Bereich

Von Sylvia Streibl

Sylvia Streibl

■ In den Ende 2018 veröffentlichten Pädagogischen Leitlinien zum Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren des Landes Bremen heißt es: »Mittelpunkt der Arbeit sind in allen Einrichtungen die Kinder. Bildung, Erziehung und Betreuung und die damit zusammenhängende Organisation von Abläufen sowie die Gestaltung der Lernumgebung sind an ihren Bedürfnissen, Interessen und den Notwendigkeiten ihrer Entwicklung auszurichten. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Kinder ist das soziale Klima in der Kindergruppe/Lerngruppe. Die Pädagogischen Fachkräfte gestalten daher die Einrichtungen nicht nur als Lernort, sondern gemeinsam mit den Kindern auch als Lebensraum.«

In meiner täglichen Arbeit ist es mir wichtig, dass sich jedes Kind an jedem Tag als ganz wichtigen Teil der Gruppe erleben kann und dass alle Kinder sich wohlfühlen, entspannt und glücklich sind. Selbstbestimmt, selbstständig und sich ausprobierend gestalten sie den Tag in der Gruppe mit. Ein Teil der Gruppe zu sein – Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen sowie sich gegenseitig zu helfen ist wesentlicher Teil des Miteinander. Neue Herausforderungen gestellt zu bekommen oder sich selbst zu suchen und dabei unterstützt zu werden, ist ein wesentlicher Teil des Lernprozesses – individuelle und/oder gemeinsame Erfolgserlebnisse sind für die Kinder so wichtig! Die leuchtenden Augen, wenn es endlich geklappt hat, sind gleichermaßen Ansporn für und Zeugnis der Wichtigkeit unserer pädagogischen Arbeit! In den Leitlinien heißt es in diesem Sinne weiter: »Pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen und in der Schule richtet sich immer zugleich an Gruppen und an einzelne Kinder.« Das liest sich schön, erfordert aber auch Rahmenbedingungen, die solches Arbeiten und das Umsetzen solcher Ziele auch ermöglichen.

Der überdurchschnittlich hohe Krankenstand, die große Zahl unbesetzter Stellen sowie darüber hinaus auch die insgesamt nicht hinreichende Personalausstattung führen dazu, dass tageweise, oft wochenlang Kolleginnen und Kollegen alleine in großen Gruppen arbeiten. Oftmals verzichten sie auf ihre Pausen, da sonst keinerlei Möglichkeit der Gruppenabdeckung besteht. Die Fehlentscheidung, die sogenannten Viertquartalskinder (also zweijährige Kinder, die bis incl. Dezember erst drei Jahre alt werden) bereits ab August in die Elementargruppen aufzunehmen, führt dazu, dass der pflegerische und betreuerische Aufwand massiv steigt, ohne dass dies personell hinterlegt wurde – diese Entwicklung geht also voll zu Lasten der pädagogischen Arbeit in den Gruppen und mit einzelnen Kindern.

Mit hohem persönlichen Einsatz der pädagogischen Fachkräfte gelingt es, den Alltag und notwendige pädagogische Angebote aufrecht zu erhalten. Die eigenen Ziele und Ansprüche – und gleichermaßen die in den Pädagogischen Leitlinien geschilderten Ideen und Forderungen – gehen jedoch weit darüber hinaus und scheitern oft an den unzureichenden Rahmenbedingungen im KiTa-Alltag. Es ist gut, wenn die Bildungspolitik hohe Ziele formuliert. Gleichzeitig muss damit jedoch die hierfür notwendige Änderung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte einhergehen. In diesem Sinne seien abschließend nur einige der wichtigsten Forderungen aufgeführt:

- **Kleinere Gruppen und ein deutlich besserer Personalschlüssel:**

In den Elementargruppen gibt es mittlerweile bei den Kindern einen Altersunterschied von bis zu vier Jahren – ein Spagat zwischen Windeln wechseln und Schulvorbereitung. Die Vielfältigkeit der individuellen Bedürfnisse und der Anspruch einer pädagogischen Arbeit im Lernort und Lebensraum KiTa benötigt unbedingt mehr Aktivität in Klein- und Kleinstgruppen. Um hier mehr Flexibilität zu ermöglichen, ist eine deutliche Veränderung des Personalschlüssels unbedingt erforderlich.

- **Räumliche Vielfalt:**

Neben den Gruppenräumen bedarf es weiterer Räumlichkeiten zur Differenzierung – für Kinderinterviews, Schulvorbereitungs-, Entspannungs-, Musik- und Bewegungsangebote in kleineren Gruppen sowie individuelle Förderung u.v.a.m. sind innerhalb eines Gruppenraums mit 20 Kindern schwer bis gar nicht realisierbar – entsprechende Momente brauchen einen Raum zum zeitweisen Rückzug, der Konzentration und qualitativ andere, intensive Prozesse erlaubt.

- **Selbstbestimmte individuelle Vorbereitungszeit:**

Aktuelle Ereignisse in der Gruppe und in der Einrichtung machen Flexibilität in der zeitlichen Ausführung der individuellen Vorbereitung erforderlich. Gegebenenfalls sind auch Pausen zwischen der Gruppenarbeit und der individuellen Vorbereitung erforderlich und sinnvoll, ebenso wie andere räumliche Umgebungen. Die pädagogischen Fachkräfte benötigen daher die Freiheit, ihre Vorbereitungs-

zeit an ihren individuellen Bedürfnissen auszurichten und anzupassen.

• Ausreichende Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten:
Zusätzlich zu einem breiten individuellen Fortbildungsangebot sind gemeinsame Fortbildungen im Team eine besonders gute Möglichkeit, um die pädagogische Arbeit weiterentwickeln zu können. Eine Fortbildungskultur in den KiTas erfordert kontinuierlich entsprechende Angebote, Beratung und Unterstützung für die einzelnen Beschäftigten und ganze Teams.

• Finanzielle Anerkennung von Zusatzqualifikationen:
Zusatzausbildungen und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften bringen neue Ideen, neue Erfahrungen und Impulse zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit in die Einrichtungen und tragen im Sinne eines Qualitätsprozesses zu stetiger Reflexion und Verbesserung bei. Die Fortbildungsbereitschaft und das Engagement, sich permanent weiterzubilden und weiterzuqualifizieren, sollte sich in der Eingruppierung wiederspiegeln.

• Angemessene Vergütung der Ausbildung
Es ist unsäglich, dass die Ausbildung in diesem Beruf noch immer nicht vergütet wird. Dies drückt eine gesellschaftliche und politische Missachtung der Bedeutsamkeit dieser Tätigkeit und der damit einhergehenden Verantwortung aus. Gleichzeitig erschwert dies – ebenso wie die nach wie vor nicht angemessene tarifliche Vergütung – die Gewinnung zukünftiger Fachkräfte massiv.
Noch immer fehlt es an Wertschätzung der Arbeit in den KiTas. Die Entscheidung, bei KiTa Bremen die Bezahlung der Erzieher*innen je nach Stadtteil zu differenzieren, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die in diesem Bereich aus Überzeugung und mit hohem Engagement seit Jahren ihre Arbeit machen – allen problematischen Rahmenbedingungen zum Trotze. Es braucht vielmehr eine generelle Aufwertung dieser Arbeit, sowohl durch eine angemessene Vergütung für alle, aber auch durch eine deutliche Veränderung der Rahmenbedingungen. Zu einem gesunderen Arbeitsumfeld könnten kleinere Gruppen, bauliche Maßnahmen zur Lärmreduktion und vor allem eine grundlegend bessere personelle Ausstattung beitragen. Hierdurch ließen sich Qualität der Arbeit, Gesundheit der Mitarbeiter*innen sowie die Zufriedenheit von Kindern, Eltern und aller im KiTa-Bereich Tätigen deutlich steigern – zum Wohle aller.

Eva-Lotta Wulfsohn (links), 16 und Swantje Malin Schäfer, 17, beide aus Bremerhaven: Natürlich gehen wir wählen! Es geht um unsere Zukunft, jede Stimme zählt und kann den kleinen, aber relevanten, Unterschied machen. Mittlerweile kann man sich vor allem nicht mehr drauf verlassen, dass »schon alles gut ausgeht« oder »die anderen das schon vernünftig machen«. Wir bekommen hier die Chance unsere Meinung einzubringen und so etwas zu verändern. Wenn sich einem so eine Chance bietet, sollte man sie auch ergreifen!
Was sich in der Bildung ändern muss: Wir wollen eine Umstellung des (Schul-)Systems. Der Notenstress muss verringert, die Kreativität gefördert und so ein lernfreundliches Umfeld geschaffen werden. Bei dieser Umstellung wollen wir, dass nicht nur räumlich gedacht wird, sondern auch die Inhalte angepasst werden. Es bedarf mehr Aufklärung in Bereichen wie Umwelt und Politik. Die Inhalte müssen lebenspraktischer werden (zum Beispiel: Wie und warum schreibe ich eigentlich eine Steuererklärung?). Uns ist es wichtig, dass dieser Umstellungsprozess transparent verläuft und die Schüler selbst mitgestalten dürfen, denn wir wissen immer noch am besten, was uns interessiert!

Anzeige

■ Dass an den Bremer Schulen zu viel Unterricht ausfällt, ist sicher einer der Gründe, weshalb Bremer Kinder bei Schulleistungstests wie zum Beispiel PISA schlecht abschneiden. Hinzu kommt, dass im Unterricht in vielen Fällen wichtige Zeit durch Unterrichtsstörungen und Ähnliches verloren geht. Entsprechende Untersuchungen haben bestätigt, dass oft nur etwas mehr als die Hälfte der Unterrichtszeit für das eigentliche Lernen genutzt wird.

Macht ein Schulkonsens gute Schule?

Was sich aus Sicht der Eltern in der Bildung ändern muss

Michael Skibbe für den Vorstand des ZentralElternBeirats Bremen

Michael Skibbe

Der ZentralElternBeirat Bremen begrüßt zwar die Gründung eines Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen (IQHB), ist jedoch der Meinung, dass die Arbeit des Instituts alleine nicht ausreichen wird, um die Lernergebnisse der Kinder nachhaltig zu verbessern. Parallel dazu muss eine Qualifizierungs- und Unterstützungsinitiative gestartet werden, die eine flächendeckende Fortbildung und Beratung der Schulen hinsichtlich der systematischen Anwendung der Prinzipien einer effektiven Klassenführung (»Classroom-Management«) etabliert.

Keine »Schul-Unternehmensberatung«

Der ZEB-Vorstand weist nachdrücklich darauf hin, dass sich das IQHB nicht zu einer Art übergeordneter »Schul-Unternehmensberatung« entwickeln dürfe, die nur Daten sammelt und abstraktes Zahlenmaterial an die Schulen zurückmelde. Vielmehr muss das Landesinstitut für Schule in die Lage versetzt werden, den Schulen in ausreichendem Maße Fachkräfte für Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Verfügung stellen zu können. Bei der Analyse der durch das IQHB erhobenen Daten und den abgeleiteten Schlussfolgerungen brauchen die Schulen unserer Auffassung nach eine enge Begleitung und Unterstützung durch externe ModeratorInnen. Diese Forderungen stammen aus den kürzlich vom ZentralElternBeirat beschlossenen Kernforderungen zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl.

Schulraum dringend nötig

Der ZEB Bremen, der die Eltern von rund 50.000 Kindern und Jugendlichen in Bremen repräsentiert, ist grundsätzlich der Auffassung, dass jahrzehntelange Fehlplanungen und Fehleinschätzungen der Bedarfe in Bildung durch die politischen Entscheidungsträger zur Manifestierung der »Roten Laterne« geführt haben, welche Bremen in der Deutschen Bildungslandschaft trägt. Der ZEB trägt den Schulkonsens von SPD/CDU/Grüne und Linke zwar mit; aber nicht aus tiefer Überzeugung, dass das Zwei-Säulen-Modell der richtige Weg ist, sondern weil gute Schule jetzt vor allem Ruhe braucht. Eine weitere Forderung des ZEB betrifft die Schaffung von dringend benötigtem Schulraum sowie den oft schlechten Unterhaltungszustand der Bremer Schulen. Für notwendig gehalten wird vor allem eine Beschleunigung der Baugeschwindigkeit bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen sowie eine jährlich aktualisierte bedarfsgerechte Schulstandortplanung: Sieben Jahre von der Planung einer Schule zur theoretischen Erstnutzung sind untragbar. Es kann nicht sein, dass in Bremen private Investoren ganze Stadtteile in drei Jahren bauen und die öffentliche Hand für eine Schule sieben Jahre braucht. Wenn im Rahmen des Konjunkturprogrammes 3 ab 2009 nach der Bankenkrise jenseits europaweiter Vergabevorschriften gebaut werden konnte, muss das im heutigen Bildungsnotstand auch gehen.

Mehr pädagogisches Personal

An den Bremer Schulen und in den Kitas fehlt es seit Jahren an pädagogischem Personal. Dessen Rekrutierung muss nach Ansicht des ZEB oberste Priorität haben. Dazu müssen alle Möglichkeiten konsequent ausgeschöpft werden, einschließlich der Möglichkeiten des Seiteneinstiegs. Es wird ausdrücklich begrüßt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung auch die Möglichkeit einer besseren Vergütung für die Arbeit in besonders anspruchsvollen Standorten nutzt. Auch im Bereich der Inklusion sieht der ZEB noch erheblichen Entwicklungsbedarf. Eine selbst durchgeführte Umfrage bei den Bremer Eltern im vergangenen Jahr zeigte deutlich, dass die die Inklusion zwar grundsätzlich bejaht, der Zustand der Ausstattung aber heftig kritisiert wird.

Die wichtigsten Forderungen sind: Eine bedarfsgerechte personelle und materielle Ausstattung der Schulen; Einrichtung eines Vertretungspools für SonderpädagogInnen und Assistenzkräfte; Erhöhung der Bemessungsgrundlagen für die Zuweisung von Sonderpädagogikstunden an die Schulen; Konsequente Weiterführung der Inklusion in der Sekundarstufe 2 und in den Berufsschulen; Entwicklung von Qualitätsstandards für schulische Inklusion; Angemessene Ausstattung der verbleibenden Förderzentren und deren rechtliche Gleichstellung mit Grund- und Oberschulen.

Inklusion als wichtiges Ziel

Die Verwirklichung der schulischen Inklusion, also der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne besonderen Bedürfnissen, sowie das Fördern und Fordern aller Kinder nach ihren Möglichkeiten, ist für uns als ZentralElternBeirat ein wichtiges und erstrebenswertes gesetzlich verankertes Ziel, das in allen Schulen, in öffentlicher wie freier Trägerschaft, verwirklicht werden muss.

Anrecht auf berufsbegleitende Qualifizierung nötig

Was sich in der Bildung am Beispiel des Quer- und Seiteneinstiegs ändern muss

Von Peer Jaschinski

■ »Schulen stehen unter einem erheblichen Veränderungs- und Entwicklungsdruck. Um die damit verbundenen Arbeiten angemessen bewältigen zu können, müssen sie sich verlässlich an Merkmalen guten Unterrichts und guter Schule orientieren. Für die Bremischen Schulen wird diese Verlässlichkeit unter anderem über den Bremer Orientierungsrahmen Schulqualität (…) sichergestellt.« So ist auf dem aktuellen Internetauftritt der Senatorin für Kinder und Bildung zum Thema Schulqualität zu lesen. Weiter ist zu lesen, dass dieser Orientierungsrahmen zurzeit überarbeitet wird und eine neue Fassung zukünftig an dieser Stelle zu finden sei. Um nicht in die Orientierungslosigkeit zu geraten, ist es hilfreich in den bisherigen Orientierungsrahmen Schulqualität zu schauen. Der entstand noch unter Senatorin Renate Jürgens-Pieper und machte sehr eindeutige Aussagen zur Qualifikation der Beschäftigten: »Die Qualifikationsstruktur entspricht dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule (…). Die persönlichen, pädagogischen, didaktischen und fachlichen Voraussetzungen der Schulleitung, des Kollegiums sowie der übrigen (sozial-) pädagogischen Mitarbeiter/innen ermöglichen es, die Ziele der Schule auf einem hohen Qualitätsniveau umzusetzen. (…) Die Qualifikationen und das Aufgabenprofil der betreffenden Personen stimmen überein.«

Mangelhafte Personalentwicklung

Es ist kaum anzunehmen, dass es in der angekündigten Neufassung des Orientierungsrahmens zu anderen Aussagen kommen kann. Wer den ersten Satz dieses Artikels ernst meint, muss sich mit der geforderten Deckungsgleichheit von Qualifikation und Aufgabenprofil seriös auseinandersetzen. Unter Betrachtung der politischen und administrativen Fehleinschätzungen und -entscheidungen der Vergangenheit, scheint eine seriöse Auseinandersetzung aber nicht stattgefunden zu haben. Den Personalkürzungen der 90er Jahre und dem nicht Eintreten »der demografischen Rendite«, folgte keine den Erfordernissen entsprechende Anpassung der Ausbildungskapazitäten. Mangelnde Personalentwicklung und nicht vorhandene Personalgewinnungskonzepte führten in den vergangenen Jahren zu einem bundesweiten pädagogischen Fachkräftemangel. Fast alle Bundesländer reagieren mit der Einstellung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen. Im Bundesland Bremen reden wir inzwischen über mehrere hundert. Bremerhaven steuert sogar auf die 30-Prozent-Marke zu. Tendenz für die nächsten Jahre steigend.

Keine konzeptionelle Struktur

Der Fachkräftemangel betrifft alle pädagogischen Bereiche in und um Schule. Überall arbeiten zunehmend mehr Fachkräfte, die nicht ursprünglich für das geforderte Aufgabenprofil ausgebildet sind. Wie ihre ausgebildeten Kolleg*innen müssen sie aber vom ersten Tag an dieselben Aufgaben erledigen, sie werden mit demselben Qualitätsanspruch konfrontiert. Dabei wird im Rahmen von Fortbildung und kollegialer Unterstützung versucht, die im Orientierungsrahmen geforderte Deckungsgleichheit herzustellen. In der Vergangenheit hatte dies selten konzeptionelle Struktur und war häufig abhängig von den Gegebenheiten vor Ort. Einen Anspruch auf eine berufsbegleitende Qualifizierung und ein konzeptionell unterstützendes und fachlich gut ausgestaltetes Mentoring gab es bisher nicht. Für wenige Lehrkräfte sind bisher nur die Seiteneinstiege mit wissenschaftlicher Hochschulbildung in Mangelfächern vorgesehen. Alle anderen erfahren keine Weiterqualifizierung, die zu einer Gleichstellung führt. Für Fachkräfte, die sich in der Tätigkeit von Erzieher*innen oder Schulsozialarbeiter*innen befinden, gibt es bisher ebenfalls keine strukturierten Weiterqualifizierungsangebote.

Chantal Zarp, 18, Walle:
Ich gehe nicht wählen, weil mich keine Partei so richtig richtig überzeugen kann.
Was sich in der Bildung ändern muss:
In der Bildung könnte es besser laufen, aber auch schlechter. Ich persönlich bin im Schulsystem ganz gut klar gekommen und habe die Erweiterte Berufsbildungsreife geschafft.

Die Sackgasse ist da

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, wie schnell der Anspruch an eine qualitativ hochwertige Ausbildung und Arbeit in Zeiten eines Fachkräftemangels unter Druck gerät. Ob die eingetretene Situation wirklich nur dem Unvermögen der politischen und administrativen Ent-

scheidungen der Vergangenheit geschuldet ist oder es sogar einen bewussten Willen dafür gab, mag spekulativ sein. Die durch Qualifizierung geprägten Eingruppierungen in den Entgeltordnungen für Lehrkräfte und für pädagogische Fachkräfte im Sozial- und Erziehungsdienst deuten allerdings auf einen sehr bewusst gewählten und ausschließlich am Haushalt orientierten Weg hin. Dieser endet nun in einer Sackgasse. Ohne Qualifizierungsanspruch und einer damit verbundenen höheren Eingruppierung wird es auch zukünftig keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben und somit keine Steigerung der von der Senatorin geforderten Schulqualität. Der bisherige Rahmen wird dafür nicht reichen.

Gleichwertige Abschlüsse

Unter Berücksichtigung der vom GEW-Bundesgewerkschaftstag beschlossenen Leitlinien hätte ein überarbeiteter Orientierungsrahmen für Schulqualität allerdings die Chance, einen Weg aus der Sackgasse aufzuzeigen: Quer- und Seiteneinsteiger*innen müssen ein Anrecht auf eine berufsbegleitende und vom Arbeitgeber finanzierte Weiterqualifizierung haben. Der erlangte Abschluss ist gleichwertig mit dem Abschluss des Regelweges. Somit sind Quer- und Seiteneinsteiger*innen auf der Grundlage einheitlicher Mindeststandards schon bei der Einstellung auch tariflich gleich einzugruppieren. Hierbei dürfen keine Unterscheidungen zwischen in Deutschland und im Ausland erworbenen Qualifikationen vorgenommen werden.

Hoffentlich nicht nur Lippenbekenntnisse

Was sich im Schulsport ändern soll

Von Jürgen Hadstein

■ Seit vielen Jahren weist der Runde Tisch Schulsport (RTS) auf die Probleme im Schulsport hin und fordert bessere Rahmenbedingungen. Wir haben deshalb die bevorstehende Wahl zur Bremischen Bürgerschaft genutzt, um die sport- und bildungspolitischen Sprecher*innen der Parteien zu ihren Vorstellungen über die Zukunft des Schulsports zu befragen: Die Bedeutung des Schulsports als ein wichtiger Beitrag für die körperliche und geistige Entwicklung und für die Herausbildung sozialer Kompetenzen wurde von den Sprecher*innen nicht in Frage gestellt. Auch in ihren Wahlprogrammen finden sich Aussagen zur Wichtigkeit des Schulsportes.

In der Primarstufe werden die Grundlagen für eine lebenslange sportliche Betätigung gelegt. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass gerade in dieser Schulstufe der Anteil am fachfremden Unterricht besonders hoch ist. Alle Befragten würden sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für die Einstellung von mehr qualifizierten Sportlehrer*innen einsetzen. Durch längere Unterrichtszeiten im Ganztag brauchen Kinder mehr Bewegungszeiten und Sportunterricht. Die Forderung des RTS, an Grundschulen mindestens eine dritte und an Ganztagsgrundschulen eine tägliche Sportstunde einzuführen, wurde von allen Parteien unterstützt. Laut Stundenkontingenttafel sind in der Sekundarstufe I je Jahrgang drei Stunden Sport vorgesehen. Obwohl den Schulen diese Stunden zugewiesen werden, erhalten bis auf wenige Ausnahmen die Schüler*innen in den meisten Jahrgängen der Oberschulen und Gymnasien nur zwei Stunden qualifizierten Sportunterricht. Ein Umgang, der leider schon seit 50 Jahren praktiziert wird. Alle Befragten wollen dies verbessern.

Der Schwimmunterricht rückt seit den tragischen Unfällen im letzten Sommer wieder stärker in den Fokus. Immer mehr Kinder verlassen die Primarstufe ohne ausreichende Schwimmfertigkeiten. Diese Beobachtung wird von der senatorischen Behörde jedoch nicht geteilt. Laut ihrer Aussage hat sich der Anteil der Schwimmer*innen erhöht. Dies ist jedoch eine Mogelpackung! Früher galt das Jugendschwimmabzeichen Bronze (Freischwimmer) als Maßstab für die Schwimmfähigkeit, heute soll das Frühschwimmerabzeichen (Seepferdchen) ausreichen. Unglaublich, denn dies bedeutet eine Reduzierung der Anforderungen um ca. 90 Prozent. Hinzu kommt, dass der Schwimmunterricht seit 2002 nicht mehr von den Sportlehrer*innen, sondern von häufig wechselnden Schwimmmeister*innen der Bremer Bäder durchgeführt wird. Für viele Kinder führt dies zu Verunsicherung, Ängsten und Vermeidung. Trotz Nachbesserungen und Weiterqualifizierungen des Bäderpersonals kommt es jedoch immer wieder zu Beschwerden seitens der Schulen und der Eltern. Die Parteien veröffentlichten unterschiedliche Lösungen, u.a. Schwimmunterricht ab der zweiten statt ab der dritten Klasse (wissenschaftliche Kenntnisse dazu liegen nicht vor), Schwimmen in öffentlichen Seen, Zusatzangebote in den Ferien, Schwimmen als Blockeinheit in der Schulzeit, Erhöhung der Badezeit durch bessere Organisation sowie freien oder geringeren Eintritt in die Bremer Bäder. Vorschläge dieser Art werden jedoch nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet und sind nach Ansicht des RTS demnach nicht erfolgsversprechend. Der vom RTS gemachte Vorschlag, den Schwimmunterricht ganz oder teilweise wieder in die Hände der Schulen zu geben, um für die Schüler*innen während der Fahrt zum Schwimmbad und während des Unterrichtes eine vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen, die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schwimmunterricht ist, wurde leider von den Politikern nicht aufgenommen.

Gibt es an berufsbildenden Schulen Sportunterricht? Zumindest im Vollzeitbereich findet er bei genügend Hallen und Sportlehrer*innen in der Regel statt. Im Teilzeitbereich fällt der Sport jedoch meistens aus. Selbst wenn Sport laut Stundentafel vorgesehen ist, wird er nicht erteilt. Bedauerlicherweise wird von betrieblicher Seite das Fach Sport kaum oder gar

nicht eingefordert. Unsere Gesprächspartner nahmen unsere Kritik zur Kenntnis und wollen auf eine Veränderung dieser Situation einwirken.

Der RTS stellt die Forderung nach einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Sportlehrer*innen. Die Bremer Uni schaffte jedoch diese Ausbildung ab. Der ursprüngliche Plan, die Universität Oldenburg als Kooperationspartner zu gewinnen, scheiterte schon in der Anfangsphase. Seit Jahren sind die Anmeldezahlen für Sportreferendar*innen rückläufig. Der Primarbereich ist besonders betroffen. Der RTS fordert die Wiedereinführung des Studiengangs Sport. Eine von uns erstellte Resolution wurde von ca. 100 Institutionen unterstützt (mehr als 250.000 Mitglieder aus. LSB, ZEB, GEW, SV Werder Bremen, div. Schulen, Krankenkasse usw.). Die Notwendigkeit scheint nun auch bei den Regierungsparteien angekommen zu sein. Jedenfalls sprechen sich alle Parteien auch in ihren Wahlprogrammen für eine Wiedereinführung aus. Im aktuellen Wissenschaftsplan wird beabsichtigt, die Ausbildung für Lehrämter an Grundschulen sowie Gymnasien und Oberschulen wieder aufzunehmen. Damit könnten theoretisch 2022/23 die ersten Sportstudierenden ihr Studium beginnen. Theoretisch deshalb, weil die Sporthallen und auch der Sportturm dringend saniert werden müssen. Die Kosten in Höhe von 15 bis 26 Millionen Euro sind von der Universität zu tragen. Laut dem Bäderkonzept von 2014 ist das Unibad so marode, dass es nach dem Neubau des Horner Bades und dem Umbau des Waller Bades abgerissen werden soll. Einige unserer Gesprächspartner wiesen auf ihre Wahlprogramme hin, wo formuliert ist, dass sie sich bei Regierungsverantwortung für den Erhalt des Unibades einsetzen wollen.

Sportunterricht kann an vielen Orten durchgeführt werden. Daher müssen diese Orte (Hallen, Sportplätze, Schwimmanlagen…) vorhanden und benutzbar sein. Dies ist oft nicht der Fall. So fehlen im Bremer Westen ausreichende Hallenkapazitäten. Der Neubau einer Halle steht schon seit Jahren an, verzögert sich aber immer wieder. Andere Hallen befinden sich oft in einem beklagenswerten Zustand. Nach mehreren Aufforderungen seitens der Opposition legte jetzt das erste Mal bzgl. der Sanierungskosten Immobilien Bremen eine Zahl in Höhe von 98 Millionen Euro vor. Der Haken dabei ist, dass sogenannte Schönheitsreparaturen darin nicht enthalten sind. Sind zum Beispiel Waschbecken oder Dusche defekt, kommen diese Kosten noch dazu, müssen dann aber von der Senatorin für Kinder und Bildung als Mieterin übernommen werden. Die Schulen verfügen nur über einen kleinen Reparaturetat. Hallenreparaturen können davon nicht bezahlt werden. Alle Parteien wollen sich für eine schnelle Sanierung der maroden Sportstätten einsetzten.

Alle Interviewpartner zeigten sich offen, für die Belange des Schulsports. Auch die Wahlprogramme enthalten viele gut gemeinte Absichtserklärungen. Was von der kommenden Regierung wirklich umgesetzt wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Aussagen der Parteien unterscheiden sich nur in Nuancen. Eigentlich müssten sie schnell zueinander finden, um Bedingungen für guten Schulsport zu schaffen. Oder sind es doch nur Lippenbekenntnisse: »Wir beabsichtigen… setzen uns ein… wollen Mittel bereitstellen.« Wir jedenfalls nehmen sie beim Wort und werden an die Wahlversprechen erinnern.

Dustin Werzel, 17, Marßel:
Ich gehe gerne wählen, weil ich mich allgemein für Politik interessiere. Und es mir gefällt, eine Auswahl zu haben.
Was sich in der Bildung ändern muss:
Ich finde, das es die Politiker in der Bildung ganz gut hinkriegen. Auch die Lehrinnen und Lehrer sind ok, denn mit meinem Schulabschluss ist alles reibungslos verlaufen.

Anzeige

Bewährte und neue Wege

Was sich in Bildung ändern muss – aus der Sicht von Schulleitungen

Von Thorsten Maaß, 1. Vorsitzender für die Schulleitungsvereinigung Bremen e.V.

■ **Wir möchten hier Thesen aufstellen, die zur bildungspolitischen Diskussion anregen sollen:**

1. Das Schulsystem ist den aktuellen Anforderungen an eine umfassende Bildung mit guten individuellen Entwicklungschancen für alle Schüler*innen (daran sollte sich Schule messen lassen) nur eingeschränkt gewachsen und sollte gerade in Krisenzeiten mit knappen Ressourcen bewährte erfolgreiche Wege ausbauen und parallel nach ganz neuen Wegen suchen, um Schule besser, flexibler, nachhaltiger und professioneller zu gestalten.

2. Dazu sollte Schulentwicklung wieder verstärkt in die Hände der Schulen und kompetenter Bildungsfachleute gegeben werden, die unabhängig von Politik (die dafür den Rahmen schaffen sollte) neue Konzepte zur umfassenden auch persönlichen Entwicklung der Schüler*innen erstellen, erproben, umsetzen und evaluieren und entscheidend dafür sind, wie guter Unterricht praktiziert werden kann.

3. Für eine solche Weiterentwicklung ist ein Bildungsplan von KITA bis zur Berufsbildung aus »einem Guss« erforderlich, bei dem sich die verschiedenen Stufen austauschen und gemeinsame Ziele mit anderen Akteuren (z.B. auch der Wirtschaft, die sich verstärkt auf die aktuellen Schüler*innen einstellen sollte) entwickeln. Zur Umsetzung dieser Ziele müssten alle Stufen und Bereiche angemessene Rahmenbedingungen erhalten.

4. Dabei muss sich Schule viel mehr an den Lebensperspektiven der Kinder und Jugendlichen (»Friday for future«) orientieren und eine klimaneutrale und nachhaltige Alternative zu den »fossilen« Wegen anbieten und dabei als Vorbild agieren.

5. Teamarbeit sollte als verpflichtende Grundlage für alle Schulformen nachhaltig installiert werden mit festen Teamzeiten, Supervision und erweiterten verbindlichen Präsenzzeiten an der Schule.

6. Lehrkräfte und auch SL sind keine Allrounder, die alles können. Daher sollten sie durch professionelle Arbeitsteilung und fachliche Entlastung an verschiedensten Stellen (Aufwertung der Geschäftszimmer, fester IT-Support an jedem Standort, Helfer*innen für Zuarbeiten wie Kopien, Erstellung eigener Unterrichtsmaterialien, Gestaltung der Klassenräume…) wieder in die Lage versetzt werden, ihrem Kerngeschäft nachzugehen.

7. Mit den Belastungen der an Schule Beschäftigten sollte ehrlicher umgegangen werden (nicht alle Lehrkräfte sind überlastet und bringen sich in die Teams und Arbeitsbereiche vergleichbar ein). Für die besonders engagierten und belasteten Kolleg*innen an den Schulen sollten Möglichkeiten gegeben werden, zusätzliche Anerkennung, Gehalt und Entlastung für besondere Tätigkeiten zu erhalten.

8. Auf die Zeit wachsenden Personalmangels sollte flexibler reagiert werden. Reduzierte formale Hürden für geeignete Seiten- und Quereinsteiger*innen bei gleichzeitiger Qualifikation und Begleitung sollten gemeinsam mit Fortbildungsinstituten und Universitäten neue Perspektiven für neue Lehrkräfte aus anderen Berufen schaffen, die autonomer von den Schulen selbst gestaltet werden und auch als Bereicherung und Verstärkung des Kollegiums gesehen werden sollten.

9. In der Zusammenarbeit zwischen SL und Behörde ergeben sich durch Initiativen wie die »kooperative Steuerung« neue Ideen und Vorschläge für verbesserte Kooperationen und Abläufe. Die von den Beteiligten investierte Energie und Zeit macht aber nur dann Sinn, wenn entwickelte Vorschläge dieser AG zeitnah auch mit entsprechenden Ressourcen und veränderten Strukturen umgesetzt und realisiert werden.

10. Der Bremer Schulkonsens verspricht verstärkte Anstrengung zu mehr Investitionen in den Schulbereich (z.B. Angleichung der Investitionen an andere Stadtstaaten), die mit der nächsten Koalition auch umgesetzt werden sollten.

11. Das föderale System hat im Bereich Bildung teilweise absurde Eigenwege entwickelt und sollte verstärkt durch den Bund unterstützt, ergänzt oder ersetzt werden, zumal viele Kommunen und Länder mit einigen Aufgaben überfordert sind.

12. Das professionelle Berufsbild von SL muss modernisiert und an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden, um den Beruf attraktiv zu halten und eine professionelle und arbeitsteilige Organisation von Schule vor Ort zu verbessern.

Zwischen SL und Lehrkräften kommt es immer wieder zu Konflikten durch die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben, die sich nicht immer unter einen Hut bringen lassen. Aber wir sollten uns bewusst sein, dass größere Fortschritte nur durch gemeinsame – durchaus kontroverse – Diskussionen, Vorschläge (siehe »Bremer Bündnis für Bildung«) und praktische Projekte auch mit Schüler*innen, Eltern und Politik erreicht werden. So kann gute Schule gelingen.

»Endlich das Versprochene umsetzen«

Was sich in der Bildung aus Sicht der Bewegung »Aufstehen Bremen« ändern muss

Von Eckhard Feige für die Aktionsgruppe Bildung

Fabrice Wick, 17, Hemelingen:
Ich werde nicht wählen gehen, weil die Politik und die Parteien sowieso das machen, was sie wollen. Da hilft meine Stimme auch nichts.
Was sich in der Bildung ändern muss:
Die Unterrichtsinhalte sind oft zu theoraetisch. Sie bereiten einen nicht wirklich auf das Leben danach vor.

■ **Ein Besuch der BLZ bei der regelmäßig tagenden »Aktionsgruppe Bildung« ergab folgendes Statement:**
Für eine ansprechende Arbeits- und Lebensatmosphäre an den Schulen sind die Räumlichkeiten weitgehend nicht geeignet. Von den Toiletten über Fachräume bis zu den Freizeitmöglichkeiten sind die Räumlichkeiten oft in einem desaströsen Zustand und benötigen dringend eine Renovierung.
Große Klassen, zu wenig Lehrkräfte, hoher Stundenausfall sind die Realität von Schule. Neben der rückständigen Lehrerausbildung sind dies Faktoren für das schlechte Unterrichtsangebot. Abhilfe könnten schaffen: ein anderer Personalschlüssel, der z.B. mehr Doppelbesetzung in den Klassen ermöglicht verbindlich gesicherte Teamarbeit als Säule der pädagogischen Arbeit an der Schule.
Neben der Unterrichtszeit brauchen Lehrkräfte Zeit für solche wichtigen Aufgaben wie: Planungsarbeit, Beratung. Supervision, Diagnostik, Fortbildungen.
Für diese Aufgaben neben dem Unterricht muss eine zeitliche Entlastung gegeben werden.
Der Auftrag zur inklusiven Schule muss abgesichert werden! Bei andauernder Mangelausstattung droht die Bereitschaft und Möglichkeit zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen zu kippen.
Inklusive Bildung erfordern multiprofessionelle Teams an den Schulen, so dass die erforderlichen Förderangebote auch adäquat zu den individuellen Unterstützungsbedarfen der Schülerinnen und Schüler angeboten werden können.

Für ein erfolgreiches Bildungs- und Erziehungsangebot an den Schulen braucht es geeignete Lehrkräfte. Dazu gehört ein adäquates Menschenbild, Empathie, eine positive Haltung zur individuellen Förderung und verantwortungsvolle Führung der Schülerinnen und Schüler durch die Schullaufbahn
Erneuerung der Bildungspläne: Schulen sind bei ihrer Bildungsaufgabe längst nicht auf der Höhe der Erkenntnisse betr. Lernen lernen, Hirnforschung, soziales Lernen u. ä. Themen
Das Planungschaos in Behörde betr. Schulplätzen, Personalversorgung und Gebäudesanierung ist wie eh und je dramatisch. Ein öffentlicher Diskurs, demokratische Strukturen in Verwaltung und Schulen sowie eine Beteiligung von Eltern, Pädagogen und Institutionen würden hier einen Qualitätszuwachs bedeuten. Das Beamtentum ist da eher hinderlich.

Die chronisch unterfinanzierte Bildung in Bremen braucht einen höheren Etat!
Als erste öffentliche Aktivität hat sich die AG Bildung für die nächsten Wochen vorgenommen, eine Unterschriftenaktion zur Durchsetzung von verbindlichen Teamzeiten an den Schulen durchzuführen – das Motto lautet: Die Bildungsbehörde soll endlich das Versprochene aus dem Bremer Bildungskonsens umsetzen und für gesicherte Teamzeiten und Entlastung sorgen! Wir fordern: Eine Stunde Unterrichts-Entlastung für Klassenlehrer*innen und eine Stunde Unterrichts-Entlastung für das gesamte multiprofessionelle, unterrichtende Team. Wenn nicht jetzt – wann dann?

Anzeige

BLZ-SERIE Kernfragen der GEW

Teil 1

Nach dem Spiel ist … nicht nur vor dem Spiel

Eine Fußballmannschaft unter dem Eindruck bremischer Bildungspolitik – Ein Problemaufriss

Von Bernd Winkelmann

■ Nun gut, es hat einiges an Zeit, sicherlich ebenso an Argumenten nicht ohne spitze Repliken gebraucht, bis sich die Einschätzung stabilisierte, auch Lehrerinnen und Lehrer würden (genügend) arbeiten. Tauschen möchte von den Beteiligten eigentlich niemand, was nicht nur daran liegt, dass in unserer Altersklasse, wir sind mittlerweile in der Seniorenliga angekommen, niemand mehr ohne Not den Job wechselt und sich alle, um sportlich zu bleiben, auf der Zielgeraden ihrer beruflichen Laufbahn befinden.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Beim letzten Bürgerbegehren des Bildungsbündnisses, als es insbesondere darum ging, eine bessere Ausstattung der Schulen und Einrichtungen mit Personen und Material zu fordern, sie also schlicht besser auszustatten, haben alle Mitglieder des Teams unterschrieben; das war schon 2009.
Vom Torwart bis zum Linksaußen, letzteren haben wir in der klassischen Form eigentlich gar nicht mehr, wir spielen nämlich Kleinfeld und das erfordert eigene taktische Formationen, sind nämlich die letzten Plätze nicht verborgen geblieben. Und Tabellen können Fußballfreunde und -freundinnen lesen, egal ob Bundes- oder Kreisliga darüber steht – oder eben »PISA, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich«.

Gleichfalls ist man an den Detailzahlen interessiert, kann einschätzen, dass 500 (PISA-) Punkte absolut gesehen eine ganze Menge ist (gerade im Vergleich zur Bundesliga, da steht man derzeit schon mit etwas über 60 Punkten an der Tabellenspitze), diese Aussage sich in Relation zu den Daten der Konkurrenz jedoch relativiert. Die Frage nach den Ursachen für »oben oder unten« stellt sich zudem in jeder Tabelle, unabhängig vom Wettbewerb.

Also: Letzter bleibt Letzter, man sucht nach Erklärung und wünscht sich mehr als nur Schlagwörter, ob nun in den Print- oder digitalen Medien veröffentlicht. Auch wenn dort so manches Mal verbal versucht wird, den einschlägigen Fankurven in ihrer gelegentlich derben oder vereinfachenden Sprache nachzueifern, der Begriff einer (neuerlichen) »Bildungskatastrophe« bleibt zunächst allgemein und fordert eine präzise Betrachtung heraus.

Wichtige Debatten

Die im Kreise der Fußballmannschaft aufgeworfenen Fragestellungen treffen Sachverhalte, die im Großen und Ganzen berechtigte Aussicht hätten, sich auf jeder Tagesordnung eines Bremischen Gewerkschaftstages wiederzufinden – im Rahmen des Vereinshauses allerdings in eine etwas alltäglichere Sprache gefasst sind:

- Schon wieder gibt es eine neue Schulform, die Oberschule, muss das denn sein?
- Nun soll »Inklusion« umgesetzt werden – kann das überhaupt klappen?
- Wieso werden nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet, wenn man sie doch mehr denn je braucht?
- Können eure Lehrerinnen und Lehrer eigentlich »Inklusion«?
- Welches weitere Personal brauchen die Schulen? usw.

Die daraus erwachsenen Debatten unter den Sportlern sind durchaus engagiert und nicht emotionsfrei, auch nicht nach einem aufreibenden 60-Minuten-Match (länger dauert ein Ü-50-Spiel nicht!). Unsere Gewerkschaft spielt bei alledem natürlich eine Rolle, nicht auf dem Platz, aber im Diskurs. Nach 40 Jahren im gleichen Team kennt man sich und weiß um die Einbindungen der anderen: Ihr steht doch oft genug in der Zeitung und eure Demos bewegen tausende von Leuten und dass ihr euch mit dem Parlament, der Regierung und der Presse anlegt, ist alles in Ordnung – aber: Was bringt's? Ändert sich über die Jahre überhaupt etwas?

Zähe Prozesse

Damit ist eine Problematik aufgeworfen, die über die Debatten einer erfahrenen Fußballmannschaft hinausweist. Schulstrukturen, Lehrer*innenbildung, Fachkräfteversorgung und vieles mehr sind in Fachgremien wie denen unserer Gewerkschaft ebenso Gegenstand intensiver Beratungen. Und immer wieder wird hervorgehoben, dass zähe Entwicklungsgeschwindigkeiten im Prozess der notwendigen pädagogischen (und gesellschaftspolitischen) Erneuerung auf die unmittelbare Dringlichkeit der Veränderung treffen. So ist kein/e Delegierte/r davor gefeit, sich ab und zu bei dem Gefühl zu erwischen, die Stagnation in diesem Augenblick gerade überdeutlich zu spüren.

Dieser »Was-bringt's?«-Frage soll in einer Serie nachgegangen werden, die in dieser Ausgabe startet. Dazu wird, anhand verschiedener Themen, der Bilderbogen der letzten zwanzig Jahre aufgemacht. Zur Beruhigung aller, die ihren Fanschal nicht griffbereit haben, sei gesagt, dass es im Wesentlichen nicht um Sportergebnisse gehen wird. Dessen ungeachtet ist ein aufrichtiger Dank an die zitierte Fußballmannschaft gerichtet. Deren professionelle Sicht aus dem Blickwinkel durchaus ganz anderer Professionen als denen der Pädagog*innenschaft schärft auf alle Fälle die Argumentation.

Nur Tote sind neutral

Zur aktuellen Debatte über politische Neutralität im Unterricht

Von Werner Pfau

■ »Wir können dem Wissenschaftler nicht seine Parteilichkeit rauben, ohne ihm auch seine Menschlichkeit zu rauben. Ganz ähnlich können wir nicht seine Wertungen verbieten oder zerstören, ohne ihn als Menschen und als Wissenschaftler zu zerstören.«

Karl R. Popper, Die Logik der Sozialwissenschaften, 1961

Ein fragwürdiger Konter

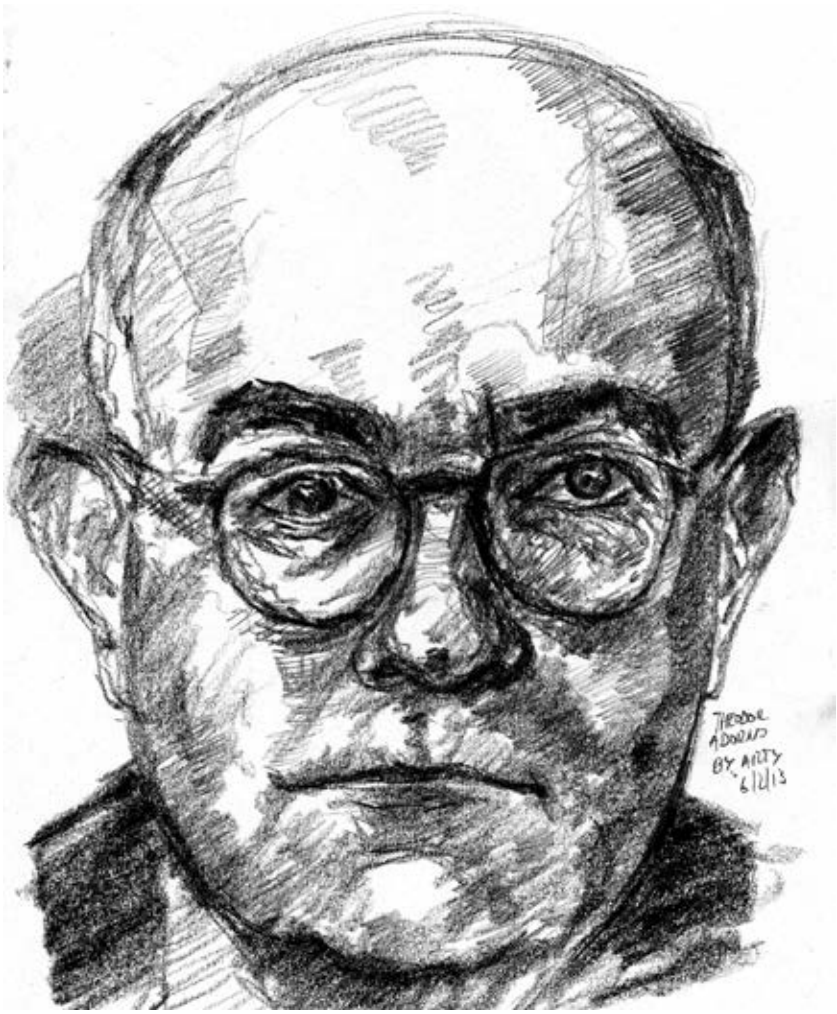
Die Vorstöße der AfD mit dem Ziel, Jugendliche und Eltern nach bewährter deutscher Tradition als Denunzianten ihrer Lehrkräfte zu instrumentalisieren, haben das Thema der Neutralität politischer Bildung wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Allseitige Empörung kam auf, auch konservativere Zeitungen wie die FAZ fielen ein in den Chor der Kritik. Nach einiger Zeit kristallisierte sich ein zentraler Konter auf die rechten Spitzelportale heraus: Politische Bildung unterliege zwar in ihren Sachdarstellungen, nicht aber in ihren Wertungen der Neutralität. Bewertende Äußerungen seien durch das Grundgesetz, oder – nach einem ebenfalls altbekannten Begriff, durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorgegeben. Nun mag man inhaltlich an diverse verteidigenswerte Festlegungen des Grundgesetzes denken, in wissenschaftlicher Hinsicht ist diese Vorstellung fragwürdig: Denn sie kommt dem von rechts erhobenen Neutralitätsanspruch schon viel zu weit entgegen. Sie präjudiziert einen unüberbrückbaren Abgrund zwischen der wissenschaftlicher Erkenntnis eines Gegenstandes und seiner Bewertung; die Idee wurde vom Begründer der Soziologie in Deutschland, Max Weber, Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts im Rahmen des sogenannten Werturteilsstreits aufgebracht. Eine kleine Reise in die Vergangenheit kann helfen, entscheidende Gedanken in Erinnerung bringen.

Der erste Werturteilstreit

Moralisierende Wissenschaft, wie sie ihm sich exemplarisch in den Kathedersozialisten unter seinen Kollegen darbot, war Weber ein Gräuel. Daher verfiel er auf das Postulat der wertfreien Wissenschaft. Demnach habe sozialwissenschaftliche Analyse sich mit Beschreibungen ihres Gegenstandes zu bescheiden, dessen Bewertung hingegen sei Sache der Politik (oder der Öffentlichkeit) und speise sich in letzter Instanz aus nicht-wissenschaftlichen Quellen – weltanschaulichen und religiösen Setzungen, die durch Sozialisation und Herkunft beeinflusst sein mögen. Werturteile führten laut Weber auf »axiomatische«, nicht mehr rational entscheidbare Festlegungen zurück und sind aller wissenschaftlichen Tätigkeit damit vorausgesetzt, im Gegenzug der Beurteilung durch sie letztendlich entzogen. Zwar kann bereits der Vergleich mit Axiomen irritieren, denn diese beziehen ihre Gültigkeit in der Mathematik daraus, dass sie unmittelbar einleuchtend sein sollen, was Weber von den unterschiedlichen weltanschaulichen Fundamenten ja gerade nicht behaupten will.

Sollen und Sein

Die flankierende Denkfigur hatte der Philosoph David Hume im 18. Jahrhundert geliefert: Aus der Untersuchung der Wirklichkeit lasse sich immer nur ableiten, was und wie etwas ist, nie wie es sein ›soll‹. Urteile



Theodor W. Adorno: Das Falsche, einmal erkannt und präzisiert, ist bereits Index des Richtigen, Besseren.

des Sollens ließen sich umgekehrt nur aus vorab gesetzten Standpunkten – etwa dem Glauben an Gott – begründen. Das war im Geist der Aufklärung gedacht und gerichtet gegen das metaphysische Bestreben, wie es seit Platon oder Aristoteles einschlägig war, der Beschaffenheit der Welt moralische Maximen ablesen zu wollen. Ein Musterbeispiel findet sich bei Platon, laut dem jedes Ding auf der Welt die Verwirklichung einer Idee darstellt. Diese Ideen, die an einem eigenen Ort existieren, fungierten als geistige »Blueprints«, um die Objekte der gegenständlichen Welt daran zu messen und zu beurteilen.

Kind und Bad

Gegen solches spekulative Denken opponiert Hume, im Namen der Empirie. Dennoch ist sein Versuch, zwischen Sollen und Sein ein unüberwindbare geistige Mauer zu errichten, später vielfach kritisiert worden: Sie schüttet, gewissermaßen, das Kind mit dem Bade aus, verdammt wissenschaftliche Kritik zum bloßen ›Faktencheck‹ und untergräbt jenes Projekt der Aufklärung, um das es Hume doch gegangen war.

Dies wurde zum Thema einer zweiten Debatte, die nach dem Zweiten Weltkrieg ausbrach, des Positivismusstreites der deutschen Soziologie, deren bekannteste Kontrahenten in der ersten Hälfte der Sechziger Jahre Theodor W. Adorno und Karl Popper waren. Adorno hatte die Trennung von Analyse und Bewertung stets bekämpft: »Die Sache, der Gegenstand gesellschaftlicher Erkenntnis, ist so wenig ein Sollensfreies, bloß Daseiendes, – dazu wird sie erst durch die Schnitte der Abstraktion – wie die Werte jenseits an einen Ideenhimmel anzunageln sind. Das Urteil über eine Sache, das gewiß der subjektiven Spontaneität bedarf, wird immer zugleich von der Sache vorgezeichnet und erschöpft sich nicht in subjektiv irrationaler Entscheidung wie nach Webers Vorstellung.« Damit distanziert sich Adorno einerseits von metaphysischen Spekulationen a la Platon (»Ideenhimmel«). Andererseits beharrt er er auf der Einheit von wissenschaftlicher Analyse und Beurteilung, darin in der Tradition sowohl Hegels als auch Marx' stehend.

Begriff und Realität

Für Hegel führt das Begreifen einer Sache auch zu der Fähigkeit, über ihre ›Vernünftigkeit‹ zu rechten. Ein einfaches – weil unstrittiges – Beispiel aus der Biologie mag dies illustrieren: Hat Forschung erkannt, wie die menschliche Lunge funktioniert, lassen sich auch krankhafte, dysfunktionale, also »falsche« Erscheinungsformen derselben identifizieren. Doch ist dies auf Gesellschaft übertragbar? Während Marx die hegelianische Vorstellung einer in Allem waltenden Weltvernunft verwirft, rettet er den aufklärerischen Anspruch kritischer Wissenschaft in seinen materialistischen Ansatz hinüber. Der berühmte Untertitel seines Hauptwerkes – »Kritik der politischen Ökonomie« – ist Indiz dafür. Gründet sich etwa nach Adam Smith die bürgerliche Gesellschaft auf den Tausch, so liegt in dieser wissenschaftlichen Feststellung zugleich ein Stück positiver Wertung: Im Gegensatz zum Feudalismus sind vor dem Tauschprinzip alle Gesellschaftsmitglieder gleich. Dagegen versucht Marx zu zeigen, wie die formale Gleichheit der Tauschenden im speziellen Fall der Lohnarbeit in die Ausbeutungsmacht der Kapitalseite umschlägt. In den Worten Adornos: »Die Behauptung der Äquivalenz des Getauschten, Basis allen Tausches, wird von dessen Konsequenz desavouiert. Indem das Tauschprinzip kraft seiner immanenten Dynamik auf die lebendige Arbeit von Menschen sich ausdehnt, verkehrt es sich zwangvoll in objektive Ungleichheit, die der Klassen.« Demonstriert Marx nun die Fragwürdigkeit von Smith' These, unterminiert er zugleich das damit verbundene Werturteil. Folgt man Smith, so erscheint die bürgerliche Gesellschaft im rosigen Licht des Fortschritts, nach Marx formiert sich durch den Tausch die Klassengesellschaft – egal also, welche Seite man zuneigt, stets sind mit gesellschaftlicher Erkenntnis auch Werturteile impliziert. Adornos folgender Satz ist das passende Resümme: »Wissenschaftliches Bewusstsein von der Gesellschaft, das sich wertfrei aufspielt, versäumt die Sache ebenso wie eines, das sich auf mehr oder minder verordnete und willkürlich statuierte Werte beruft; beugt man sich der Alternative, gerät man in Antinomien.«

Popper schlägt zu

Interessanterweise lehnte auch der Wissenschaftstheoretiker Karl Popper, mittlerweile zur liberalen Galionsfigur erhoben und als Schöpfer des Begriffs der »offenen Gesellschaft« geschätzt, das Wertfreiheitspostulat Webers ab. Er enthüllt, darin mit seinem Gegenspieler Adorno einig, die logische Selbstwidersprüchlichkeit des Konstruktes: »..da also die Wertfreiheit selbst ein Wert ist, ist die Forderung einer absoluten Wertfreiheit paradox.« Denn wenn Werturteile nur auf persönlichen, mithin auch irrationalen Prämissen beruhen, und die Verpflichtung der Wissenschaft zur Wertfreiheit ebenfalls ein solches darstellt, hebt sie sich als Norm – »Sollen« – wissenschaftlicher Arbeit selbst auf. Die Einsicht führt zur Eingangsfrage von oben zurück: Welchen Status hat die Verpflichtung der politischen Bildung auf Wertungen im Sinne des Grundgesetzes? Ohnehin widerspräche es Webers Verständnis von Werturteilen, dass diese nicht persönlich gefällt, sondern quasi durch Verwaltungsakt verfügt würden. Und als individuelle Wertorientierung wäre sie nach seiner Logik genauso gut oder schlecht (nämlich »axiomatisch«) wie, beispielsweise, die Wertorientierung der Rechten, wonach mehr »Patriotismus« in den Unterricht gehöre. Es darf keine Rolle spielen, welche Position die Mehrheit hinter sich hat – irgendwann könnte der Wind sich drehen. Versucht man andererseits, die absolute Ausrichtung der Bildung an den Menschenrechten durch historische Erfahrungen o.ä. zu belegen, so begründet man – übrigens ganz zurecht – ein Sollen aus einem Sein.

Mit Adorno auf der sicheren Seite

Natürlich kann eine Lehrkraft, die im Unterricht auf rechte Sprüche trifft, folgendermaßen reagieren: »Ob deine Äußerung stimmt oder nicht, dazu möchte ich mich nicht äußern. Doch sie widerspricht dem Grundgesetz, und das gilt in meinem Klassenzimmer.«

Einfacher, vor allem aber schlüssiger wäre es, sich auf die inhaltliche

Widerlegbarkeit rechter Ideologien zu verlassen. Wird nicht auch in ihrem Falle durch die »Sache« ein Urteil »vorgezeichnet«? Beruft sich Höcke in seiner rassistischen Rhetorik auf vorgeblich biologische Fortpflanzungstypen, kann die Klasse ganz trocken darüber informiert werden, welchen Unsinn er damit transpiriert. An Gaulands Formulierung vom »Fliegenschiss« ist der Begriff der Inkommensurabilität zu erläutern – nämlich dass es objektiv unvernünftig ist, Millionen gequälter und getöteter Menschen mit Dingen wie der Erfindung des Buchdrucks aufzurechnen. Im Übrigen besteht ein Zusammenhang zwischen beidem nur im nationalistisch vernebelten Hirn. Das Stichwort der »Umvolkung« kann zur Verdeutlichung von Verschwörungstheorien und als Beispiel für den Missbrauch der Genetik brillieren. Und so weiter.

Sofern politische Bildung auf wissenschaftlicher Grundlage ruht, darf sie von Poppers und Adornos Kritik nicht ausgenommen sein: Dem in ihr tätigen Menschen kann man seine Wertungen nicht verordnen, und ebensowenig verbieten, ohne ihn menschlich und professionell zu »zerstören«.

Keine Zuflucht. Nirgends.

Die BLZ empfiehlt: »Aus den Akten auf die Bühne« – das aktuelle Projekt

■ »1938 können sich 32 Staaten auf der Evian-Konferenz nicht auf die Aufnahme von 500.000 jüdischen Verfolgten einigen. Der Umgang der Länder mit Migration und Flucht ist Thema der neuen szenischen Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Premiere war Ende April im Theater am Leibnizplatz.

Nach dem »Anschluss« Österreichs im März 1938 nahm die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich immer mehr zu. Für viele war der einzige Ausweg die Flucht. Doch wohin? US-Präsident Franklin D. Roosevelt lud zu einer internationalen Konferenz ein, die im Juli 1938 in Evian am Genfer See stattfand. Es wurde debattiert, diniert und um Einwanderungsquoten gefeilscht. Am Ende erklärte sich kein Staat bereit, seine Grenzen für die Verfolgten zu öffnen. Durch die Novemberpogrome 1938 verschärfte sich die Lage dramatisch.

Die Irrfahrt der St. Louis

Im Mai 1939 legte die St. Louis in Hamburg mit 937 Kindern, Frauen und Männern an Bord Richtung Kuba ab. Den Hafen von Havanna in Sichtweite wurde der St. Louis die Einfahrt verweigert. Auch die USA und Kanada lehnten die Aufnahme ab. Nach tagelangen Verhandlungen musste das Schiff beidrehen und zurück nach Europa fahren. Am 17. Juni 1939 durfte die St. Louis in Antwerpen anlegen. Die Passagiere wurden auf Großbritannien, Belgien, Frankreich und die Niederlande verteilt. Viele von ihnen gerieten nach der Besetzung durch die deutschen Truppen in die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie, wurden deportiert und in Konzentrationslagern ermordet.

Im neuen Projekt von »Aus den Akten auf die Bühne« wird am Beispiel der Konferenz von Evian und der Fahrt der St. Louis der Umgang der Staaten mit Migration und Flucht verhandelt. Zeugnisse der Fahrt und der Schicksale der Geflüchteten werden in der szenischen Lesung zum Sprechen gebracht.«

Auszug aus der Uni-Presseerklärung: https://idw-online.de/de/news713904; Karten unter: https://www.shakespeare-company.com/aus-den-akten-auf-die-buehne/

Weitere Informationen: https://www.sprechende-akten.de; Aufführungen: Samstag, 18. Mai, Dienstag, 28. Mai; Dienstag, 4. Juni, Mittwoch, 26. Juni jeweils 19:30 Uhr, Theater am Leibnizplatz

Anzeige

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

In wunderschönem Ambiente bieten wir Ihnen:
- Intensive, individuell ausgerichtete **Einzel– und Gruppentherapie**
- Sicheres **Auffangen von Krisen**, kreative Stärkung Ihres Potentials
- Moderne **Einzelzimmer** mit Balkon und Komfort
- **Genießer-Küche** mit Restaurant-Charakter

Wir behandeln die gängigen **Indikationen** wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, Essstörungen und psychosomatische Erkrankungen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

■ Neu eingestellte Beamte sollen in Bremen ab 2020 zwischen Privater Krankenversicherung (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) wählen können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Senat beschlossen. Für Beamte, die 2019 ihre Ausbildung starten, soll die Regelung schon mit Beginn der Ausbildung gelten. Damit bietet Bremen nach Hamburg und Thüringen als drittes Land diese Wahlmöglichkeit an. Artikel 2 des Bremischen Beamtengesetzes wurde deshalb geändert.

Wer zahlt die Gehhilfe – die private oder die gesetzliche Krankenkasse?

Beamtinnen und Beamte haben bald die Wahl

Wechselmöglichkeit bei derKrankenversicherung ab Januar 2020

Von Karsten Krüger

Die BLZ zitiert aus einer entsprechenden Senatsmitteilung: »Durch Zahlung einer Pauschale in Höhe der hälftigen Krankenvollversicherungskosten wird eine Möglichkeit dahingehend geschaffen, zwischen dem bestehenden System der individuellen Beihilfe und privater Krankenversicherung und dem System der gesetzlichen Krankenversicherung zu wählen. Somit müssen die neu eingestellten sowie die bereits freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Beamtinnen und Beamten die gesetzlichen Krankenvollversicherungskosten nicht mehr allein aus ihrer Besoldung tragen. Für die übrigen Beamtinnen und Beamten besteht die individuelle Beihilfengewährung fort. Alternativ können sie sie sich für eine Krankenvollversicherung in der privaten Krankenversicherung entscheiden, wobei auch hier der Dienstherr die Kosten bis zur Höhe des hälftigen Basistarifs übernimmt. Mit der Regelung wird der Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) aus der 72. Sitzung vom 8. November 2018 umgesetzt. Danach soll ab dem 1. Januar 2020 für die bremischen Beamtinnen und Beamten die Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung in Anlehnung an das »Hamburger Modell« eingeführt werden.«

Neutralität des Arbeitgebers

Damit wird die Solidargemeinschaft der GKV gestärkt. Bisher mussten Beamte die Beiträge für die GKV ohne Beteiligung des Arbeitgebers aufbringen – und damit unverhältnismäßig viel zahlen. Dies soll sich nun ändern. »Mit der vorgeschlagenen Regelung unterstreicht der Senat als Arbeitgeber seine Neutralität gegenüber den Krankenversicherungssystemen«, hieß es. Das neue Wahlmodell wird jährlich rund 4,6 Millionen Euro zusätzlich kosten. Mittel- und langfristig stehen demgegenüber die wegfallenden individuellen Beihilfen für die dann gesetzlich Versicherten.

Wechseln oder bleiben?

Außerdem können aktuell privat versicherte Beamte künftig entscheiden, ob sie das alte System beibehalten oder in die GKV wechseln – damit würden sie auf individuelle Beihilfe verzichten. Auch in diesem Fall beteiligt sich der Arbeitgeber an den Beiträgen. Unterdessen verstärkt der PKV-Verband seine Bemühungen. Das Vorhaben sei »aus der Zeit gefallen«. Die Kombination aus Beihilfe und PKV bleibe für »Beamte ökonomisch die erste Wahl«, so der PKV-Verband. Sie würden schon bei den Krankenversicherungsbeiträgen mit Blick auf die gesamte Lebenszeit »in der Regel günstiger als mit der GKV fahren«. Beim Wechsel in ein anderes Bundesland würden Beamte keinen Dienstherrn finden, der einen Arbeitgeberzuschuss zur GKV anbietet.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Konzept zur Umsetzung gefordert

AK Frauen zum Digitalpakt

■ Der AK Frauen hat für die Delegiertenversammlung des Bremer Frauenausschuss gemeinsam mit dem Deutschen Akademikerinnen Bund einen Antrag vorbereitet und eingebracht zu Fragen der Umsetzung des Digitalpaktes für Schulen. Aktuell ist die Ausstattung der Bremer Schulen – insbesondere der Grundschulen – mangelhaft, und Lehrkräfte sind beim Thema Digitalisierung oftmals überfordert. Damit die Mittel des Digitalpaktes nicht in Investitionsruinen enden, ist ein umfassendes, nachhaltiges Konzept, verbindlich für alle beteiligten Institutionen, nötig.

Wir fordern, im Rahmen des Digitalpaktes unverzüglich ein umfassendes Umsetzungskonzept für das Land Bremen mit folgenden Aspekten zu erstellen:

- Sicherung einer umfassenden zukunftsfähigen Infrastruktur, Hard- und Softwareausstattung, insbesondere auch in den Grundschulen

- Absicherung einer ausreichenden Betreuung und Pflege der Hard- und Software und Entwicklung und sowie Bereitstellung offener Bildungsressourcen

- Aktualisierung aller Curricula mit dem Ziel, eine aktive, selbstbestimmte Teilhabe aller Schüler*innen in der digitalen Welt sicherzustellen. Sicherung eines umfassenden Beratungs- und Fortbildungsangebots für Schulen bezgl. Ausstattung, Handhabung und schulischer Nutzung unter Berücksichtigung aller beteiligten Personengruppen

- Integration fundierter Medienkompetenz auch besonders unter Berücksichtigung der Genderperspektiven in die drei Phasen Aus-, Fort- und Weiterbildung, mit ausreichend Zeit und Personal für die Umsetzung aufseiten aller beteiligten Personengruppen

- Systematische Integration des Themas Digitalisierung an den Hochschulen insbesondere in der Lehrer*innenbildung

Damit sind die ersten Leitlinien der GEW für Kriterien formuliert, mit denen wir die Entwicklungen begleiten, die mit der Umsetzung des Digitalpaktes in den Schulen beginnen.

Praxistag gegen rechts

Aufträge für die GEW

Von Frauke Schüdde-Schröter

■ »Rechts macht kopflos« unter diesem Motto veranstaltete die GEW Ende März einen Praxistag. Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit rechten Strategien und Inhalten. Wir begannen mit drei Austauschrunden zu den Themen »Was ist rechts?«, »AfD in Schule« sowie »Einschätzungen zur politischen Situation – Hoffnungen und Befürchtungen«. Im world-café-Format haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Gedanken und Überlegungen einbringen und festhalten können. In dem anschließenden Workshop zur Auseinandersetzung mit rechten Stereotypen hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, nicht nur typische Aussagen oder Vorgehensweisen kennen zu lernen, sondern auch in ihrem eigenen Umfeld abzuklopfen sowie in Rollenspielen auszuprobieren. Zielsetzung war, Handlungssicherheit zu erhöhen und sich auch eigener Unsicherheiten bewusst zu werden, davon aber nicht lähmen zu lassen.
Wir haben uns sehr gefreut, dass an dem Workshop Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen sowie Beschäftigte der Uni teilgenommen haben. Die unterschiedlichen Zugänge der Professionen haben die Thematik sehr bereichert.
Welche Aufträge sind für die GEW aus dem Fachtag erwachsen?:

Wir werden die Auseinandersetzung mit Rechts weiterführen, insbesondere auch über das Auftreten der AfD in Schulen. Bitte gebt Erfahrungsberichte oder Fragestellungen an die GEW.

Der nach dem Gewerkschaftstag gegründete Arbeitskreis »gegen rechts« bleibt bestehen. Gerne können alle Interessierten dazu kommen.

Die Auseinandersetzung mit neuen Medien soll verstärkt werden. Für den Praxistag war noch ein weiterer Workshop geplant unter dem Thema »Wahr und Fake«. Da werden viele Beispiele von Desinformation und Meinungsmanipulation vorgestellt. Diese Veranstaltung werden wir im Herbst nachholen.

Außerdem wollen wir anhand von Fragestellungen, die Jugendliche direkt ansprechen, zum Beispiel Körperbilder, Mechanismen der Stereotypisierung aufgreifen und auch für pädagogische Prozesse bewußt machen.

Zyklon-Opfer unserer Schwestergewerkschaften brauchen Hilfe

Möglichkeiten zur Unterstützung

Von Bruni Römer

■ Beschädigte Häuser und Schulgebäude, zerstörte Infrastruktur und Trinkwasserversorgung und damit große gesundheitliche Bedrohung der Überlebenden, hunderttausende obdachlose Menschen und viele Tote, das alles sind die Begleiterscheinungen des Zyklons Idai in Südostafrika. Die schweren Stürme und sintflutartigen Regenfälle, die vor allem in Mosambik, Zimbabwe und Malawi zu Zerstörung und Überflutungen führten, spülten die Habseligkeiten und Nahrungsvorräte der Menschen weg, vernichteten die Felder und damit die für April vorgesehene Ernte.

Zerstörte Infrastruktur: Beschädigte Schulgebäude und Hundertausende Obdachlose. Foto: ZIMTA

Zu den Opfern, die jetzt mit leeren Händen dastehen, gehören auch Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Familien und Schutzbefohlenen.

Elizabeth Mahiyana ist aktives Gewerkschaftsmitglied der ZIMTA und unterrichtet an der Chimana Primary School in Chipinge, einem der Katastrophengebiete in Zimbabwe. Als das Internet wieder funktionierte, berichtete sie mir wenige Tage nach dem Sturm: »Es ist ruhig jetzt, aber die Stimmung ist gedrückt, denn der Zyklon hat in beiden Provinzen Chipinge und Chimamimani viele Leben gefordert. Idai hat Hütten und Häuser weggespült und Menschen ohne ihre Habseligkeiten, ohne ein Dach über dem Kopf und ohne einige ihrer nahen Verwandten zurückgelassen.«

Weltweiter Spendenaufruf – Gewerkschaften der Lehrkräfte helfen

Um ihre Mitglieder und deren Angehörige und Schulgemeinschaften in dieser schwierigen Lage so gut wie möglich unterstützen zu können, haben die Gewerkschaften ZIMTA und PTUZ in Zimbabwe und ONP in Mosambik die Bildungsinternationale, ihre weltweite Dachorganisation, über die Not der Lehrkräfte in den betroffenen Gebieten informiert.

Die Bildungsinternationale ruft deshalb ihre Mitgliedsgewerkschaften und Lehrerinnen und Lehrer weltweit zur Solidarität und zum Spenden auf.

»Sicherlich brauchen wir eine Menge Sachen neu, aber am dringendsten ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Die beiden Bohrlöcher, aus denen unsere Schule, das Waisenhaus und die Dorfgemeinschaft mit Trinkwasser versorgt wurden, sind durch den Sturm vollständig zerstört und wir sind auf Wasser aus dem Fluss angewiesen. Ebenso dringend brauchen wir Lebensmittel, denn das Dach unseres Vorratsspeichers wurde abgedeckt, die Vorräte komplett weggespült und unsere vier Hektar Maisfelder, die unsere Versorgung und die der Waisen für das kommende Jahr absichern sollten, sind vernichtet.«

Auch das gemeinsame Projekt der Gewerkschaften PTUZ und ZIMTA zur Schaffung kinderarbeitsfreier Zonen, das die GEW-Stiftung fair childhood finanziell unterstützt, liegt im Katastrophengebiet Chipinge.

Der Heinrich Rodenstein Fonds der GEW unterstützt den Aufruf der Bildungsinternationalen und bittet um Spenden für die Opfer der Katastrophe.
Spendenkonto:
Heinrich-Rodenstein-Fonds
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale IBAN:
DE88 5005 0000 0084 0001 24
BIC: HELADEFF
Stichwort: Opferhilfe Zyklon Idai

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Bildung in Bewegung

33. Pädagogische Woche in Bremerhaven

Einführungsrede von Bernd Winkelmann

■ Vor sechs Jahren überschrieben wir unsere Pädagogische Woche mit dem Titel: »Demokratische Pädagogik«. Damals stimmten wir in den vorbereitenden Überlegungen dahingehend überein, dass die Zeit dafür erneut reif sei. Bedrohungen waren gegenwärtig: Die Parteien der extremen Rechten hatten ihr 25-jähriges Jubiläum in der Stadtverordnetenversammlung bereits hinter sich, die DVU saß dort seit September 1987). Die AfD stand in den Startlöchern, mittlerweile ist sie in allen Landtagen der Bundesrepublik vertreten.

Kernfähigkeiten

Die Auseinandersetzungen um Bildung und Erziehung würden nicht unbeeindruckt von diesen Veränderungen gesellschaftsweiter Einstellungen bleiben, dessen waren wir uns sicher, zumal der sog. PISA-Schock weiterhin unverarbeitet war. Wir hatten schon Jahre der Konzentration auf die Kernfähigkeiten hinter uns: Lesen, Schreiben, Rechnen gewannen im öffentlichen Diskurs an Boden, ebenso Tugenden, wie Fleiß, Durchhaltevermögen, Kampfkraft, deutlich mehr jedenfalls als eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung. Es zeichnete sich ab, dass ein Jahr später Bastian Schweinsteiger – vermutlich im patriotischen Bewusstsein – das 1:0 in Brasilien bis zur letzten Grätsche verteidigen würde.

Raum für Reflektion

In der Nach-PISA-Pädagogik waren dagegen (Nach-)Denken und vor allem Zeit und Muße dazu eher nicht vorgesehen – und wer ein Beispiel dafür benötigt, möge sich die geltende Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrkräfte in Bremen ansehen. Wir aber wollten mit unseren Veranstaltungen den Raum für das Reflektieren schaffen.

Es folgte die seit Jahren am schlechtesten besuchte Pädagogische Woche. Wir waren nicht unvorbereitet in diese Tage gegangen. Die GEW im Lande Bremen hatte sich durch eine Reihe von Veranstaltungen der Geschichte vergegenwärtigt, der ehemalige Senator Horst von Hassel an die »neue Schule« erinnert, die aus den Lehren des Faschismus erwachsen musste. Auch wurden die daraus abgeleiteten Ansprüche mit der tatsächlich in den Schulen umgesetzten Demokratie verglichen. Eigentlich gab es Ansatzpunkte genug, Forderungen von Kolleg*innen, deren Bereitschaft zur Mitwirkung – und trotzdem blieb die Realisierung einer »demokratischen Pädagogik« zäh.

Nun ist mir natürlich klar, gerade weil ich durch meine Mandate in den Bundesgremien der GEW die Möglichkeit des Vergleichs habe, dass diese Stadt im Grundsatz ein offenes Klima pflegt. Dies gilt im Gegensatz zu Landstrichen, die Hierarchie und Obrigkeit intensiver ausleben. Aber die demokratisch schwachen Gebiete waren nach meiner Erinnerung auch nie unser Maßstab und deshalb musste unbedingt mehr »Bewegung« in diese Angelegenheit.

Ideen der Vergangenheit

In den darauf folgenden Pädagogischen Wochen versuchten wir, weitere Zugänge zu finden. Prof. Bukow berichtete über den Wandel urbaner Wirklichkeiten hin zur »inklusiven Stadt«, Prof. Mecheril machte uns mit seinen migrationspädagogischen Überlegungen mit dem Ziel einer »solidarischen Bildung« vertraut. »Bildung in Bewegung« ist damit der konsequente Titel unserer diesjährigen Veranstaltungsreihe, die Ideen der Vergangenheit aufgreifen will, einbinden und weiterentwickeln soll. Wir nehmen also einen neuen Anlauf. Wir freuen uns, dass Sie und ihr heute Abend gekommen sind und seid, auch die Anwahl der Workshops ist mindestens zufriedenstellend, gerade eingedenk der Frühjahres-Grippewelle, dem vor-österlichen Schlussspurt des dritten Schuljahresquartals und anderen interessanten wie aufreibenden Ereignissen in dieser Stadt.

Widersprüche

Aber auch dieser Anlauf ist nicht frei von Hindernissen. Die Widersprüche dieser Gesellschaft kommen unmittelbar bei uns allen an. Dazu wenige Hinweise:

1. Die allgemein politische Ebene: Die Erfahrungen für viele Kolleg*innen in der Gesellschaft sind schwierig; grundlegende Bedürfnisse kommen zu kurz (der Arzttermin dauert ewig, die KiTa-Plätze sind vergeben, die Bahn ist unpünktlich) – dies fördert nicht zwingend den Elan, an Veränderungen im demokratischen Sinne mitzuwirken.
2. Das eigene berufliche Umfeld schränkt ein: Änderungen im Schulgesetz haben die Möglichkeiten der Partizipation verschlechtert (Der/die Schulleiter/in hat das Vetorecht).
3. Die eigenen pädagogischen Ansprüche fordern dermaßen viel Energie: Wenn ich meine eigenen Überzeugungen einbringen möchte, treffe ich auf zu wenige Mitstreiter*innen und bin zu oft auf mich allein gestellt.
4. Die Ausrichtung der Schulpädagogik insgesamt ist nicht förderlich: Würde die aufwändig installierte Kompetenzorientierung ihre eigenen Versprechen einhalten, müssten wir andere Ergebnisse haben.

Veränderung

Es gibt mithin viele Ansatzpunkte, notwendige »Bewegung« einzuleiten. Um den Kolleg*innen zu helfen, die Prioritäten ihres Handelns zu überprüfen, benötigen wir Theorie und Praxis. Mit dem Grußwort von Herrn Frost und dem Vortrag von Frau Borst verbleiben wir im Theorie-Praxis-Kontinuum. Dann geht es in die Umsetzung. Vor dem Stadttheater tagt unsere »Zukunftskommission«, sie wird die Perspektiven aus den Schulen aufnehmen und politisch einbringen.

Ein deutscher Denker ist u.a. mit der Feststellung berühmt geworden, sich mit den Interpretationen der Welt durch die Philosophen nicht zufrieden geben zu wollen. Seid also Donnerstag dabei! Sie, die Welt, muss tatsächlich verändert werden!

Buchtipps zusammengestellt von der Redaktion

Land im Strahlenmeer
Ursula Niggli
Omnio Verlag Berlin, 460 Seiten, 34,99 Euro.

Die Schweizer Autorin hat das Ziel, Skeptiker vom Gesundheitsrisiko der elektromagnetischen Strahlung zu überzeugen. Sie bringt dafür eine dreifache Voraussetzung mit:
1. Sie musste feststellen, dass sie selbst von EHS (Elekrohypersensibilität) betroffen ist. Daher hat sie sich jahrelang gründlich mit entsprechenden Biographien befasst, indem sie viele Personen immer wieder kontaktiert hat. Sie teilt mit: Wie sah die jeweilige Exposition aus? Wie haben die Betroffenen ihre Symptome auf diese physikalischen Ursachen zurückführen gelernt (oft ein langwieriger Prozess)? Welche schulmedizinischen oder – meist eher alternativen – Heilmethoden haben wenigstens Linderung verschaffen können? Und teilweise: Welche politischen Aktivitäten wurden anschließend entwickelt?
2. Als Tochter eines Tierarztes berichtet sie einfühlsam über veränderte bzw. kranke Haustiere. Sie beschreibt ausführlich die Erfahrungen des Landwirts Sturzenegger nach Errichtung von Antennen. Die aufgetretenen Tiererkrankungen wurden im Jahr 2001 von der Med-Vet-Fakultät der Uni Zürich diangostiziert. Eine Folgestudie wurde geplant, aber nicht durchgeführt; Details hierzu lesen sich wie ein Krimi. –
Die Erkenntnisse über Tiere sind die stärksten Argumente gegen die teilweise noch benutzte »Nocebo-Hypothese«. 3. Als Fachphilosophin bietet sie hervorragende erkenntnistheoretische Reflexionen zu Fragen des Gewinns neuer und wirtschaftlich unopportuner Erkenntnisse, für die sich auch die Schulmedizin nur zögerlich öffnet.
Ihre Verweise auf bekannte Forscher und Warner vor den gesellschaftlichen Risiken zeugen von Ernsthaftigkeit und großem Fleiß. Wem die gründlichen »Fallgeschichten« zu sehr ans Herz gehen, der kann das Buch aufgrund des ausführlichen Stichwortregisters als Nachschlagwerk benutzen. – Geht uns denn der Schweizer Blickwinkel etwas an? Er kann unseren Blick auf die aktuelle gesellschaftliche Vernachlässigung der gesundheitlichen Fragen bei der Digitalisierung durchaus radikalisieren: Die Schweizer Grenzwerte sind niedriger als die deutschen: und dennoch geben auch sie keinen Schutz!
Heide Roaten

Krimiklassiker: Der blaue Express Hoffmann und Campe
A. Christie
Hamburg, 2018. 10 Euro, Leo Malet Fieber im Marais DistelLiteraturVerlag Heilbronn, 2018, 14,80 Euro.

An neu erscheinenden Kriminalromanen ist kein Mangel, an gut geschriebenen schon. Daher lohnt ein Blick auf neu edierte bzw. übersetzte Klassiker des Genres: Fast sprichwörtlich ist der Mord im Orientexpress, den Hercule Poirot aufklärt. Gleichsam eine (vorausgegangene) Variation auf den Topos der Untat im fahrenden Zug ist der unbekanntere Poirot-Roman Der blaue Express. Die Charaktere sind, wie bei A. Christie kaum anders zu erwarten, holzschnittartig und und ihre moralische Konstruktion ist zuweilen merklich biologistisch (der Bösewicht ist laut Poirot ein »Mörder aus Instinkt«). Die recht schematische Sprache lässt zudem erkennen, dass es hier nicht um »hohe« Literatur geht. Und dennoch: Der Plot ist so raffiniert konstruiert, dass sich der Leser keine Minute langweilt. Stilistisch und inhaltlich anspruchsvoller ist Fieber im Marais von Leo Malet: Der ehmalige Anarchist lässt seinen Detektiv und Ich-Erzähler gleich zu Handlungsbeginn ein Mordopfer berauben. Die Schilderung der Aufklärung des Mordes erlaubt dem Autor, das Marais mit seiner Mischung von Handwerksbetrieben, kleinen Stadtpalästen, ärmlichen Mietshäusern und mittelalterlichen Ruinen als Handlungskulisse zu nutzen, recht bösartige Porträts der dort lebenden Kleinbürger zu zeichnen und seinem Helden Nestor Burma ebenso schnoddrige wie zynische Sprüche in den Mund zu legen. Dabei gelingen der Neuübersetzung einprägsame und witzige Formulierungen. Schade allenfalls, dass der so erfrischend amoralisch beginnende Roman dann doch auf ein sehr moralisches Ende zusteuert. Sönke Landt

Fehler im Fokus
Katja Siekmann/Günther Thomé:

2., aktualisierte Auflage. isb Verlag. Oldenburg 2018, 29,80 Euro.
Der Titel des Bandes wirkt, vorsichtig formuliert, ein wenig spröde. Und in der Tat: Gerade der erste Teil zur Geschichte der Fehlerforschung ist wohl nur für Spezialisten interessant. Er lässt sich aber ohne gravierende Verständnisprobleme für das Folgende überspringen. Spannender wird es für Laien, wenn in der Folge von Phasenmodellen des Rechtschreiberwerbs gehandelt wird, die wiederum für die Klassifizierung von Fehlern wichtig sind. Von hoher praktischer Bedeutung ist der letzte Abschnitt, der mit dem HSP, der AFRA, der OLFA und einem kurzen Seitenblick auf die DORA gängige Testverfahren vorstellt. Dabei geht es einerseits um ganz praktische Aspekte (Zeitaufwand, Kosten, Anforderungen an die Lehrkraft), aber auch die theoretischen Grundlagen der Analysesysteme. Positiv fällt dabei auf, dass strittige linguistische Fragen, die zu unterschiedlichen Fehlerkategorien führen, nicht unter den Teppich gekehrt werden. Insofern können sich schulische Deutschfachbereiche auf der Suche nach dem passenden Testverfahren hier über deren linguistische Qualität und praktische Handhabbarkeit solide informieren. Sönke Landt

Revolution 1918/19 in Bremen
Heraus sticht dieses Werk aus den vielen anderen, die zum Jahrestag der Novemberrevolution erschienen sind. »Revolution 1918/19 in Bremen« ist der Titel des 2018 erschienen Sammelbandes, der von Eva Schöck-Quinteros, Ulrich Schröder und Jochen Glanert herausgegeben wurde, im Rahmen der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Er übernimmt das bewährte Konzept der vorhergehenden Bände: Studierende der Geschichte, unter Anleitung von Eva Schöck-Quinteros, wühlen in den Akten (nicht nur) des Staatsarchivs und bringen interessante Quellen zutage. Auf Basis der Funde werden in Einzelbeiträgen neue oder bislang unterbelichtete Facetten des revolutionären Geschehens beleuchtet. So etwa die Umstände der Niederschlagung, zu denen ein gefälschtes Geheimprotokoll gehört, das als Vorwand für den Marschbefehl Noskes fungierte. Die Beiträge loten an dieser und anderen Stellen die ungenutzten historischen Spielräume für eine Integration rätedemokratischer Elemente in die künftige Republik aus. Obwohl über den Beiträgen die Namen der Studierenden stehen, spiegelt sich in ihnen auch die harte editorische und pädagogische Arbeit der Herausgeberin und ihrer beiden Kollegen wider. Seit Erscheinen der Reihe ist vor allem ihr es jedes Mal gelungen, die Studierenden so inspirierend zu betreuen, dass Beiträge von erheblicher sprachlicher und wissenschaftlicher Qualität entstanden. Wie instruktiv sich die Quellen und Texte im Unterricht einsetzen lassen, bedarf keiner eigenen Erwähnung. wp

Igitt, wie lieb man mit uns umgeht

■ Zur Wahl heute mal als Werbeblock

Wie verkauft man heute ein Produkt am besten? Oder sagt man Marksegmentplatzierung. In dem man die Kunden belügt und ihnen die Lüge als Wahrheit verkauft? Hat es vor Jahren noch ausgereicht, wenn ein Brot mit tollen Zutaten fachgerecht hergestellt und dann frisch verkauft wurde, stürzen sich die Werbeanalfabeten (»zum anbeißen« auf dem Fühstücksbrett, »zum mitnehmen« beim Dönermann) heute in alberne Formeln. »Wir lieben Brot«, so die Zunft der Bäcker, »mit Liebe gebacken«, »Wir lieben Lebensmittel« behauptet Edeka. Pervers schon der Versuch des Unterwäscheherstellers mit »teilen sie unsere Leidenschaft als Minijobber« so scheinen zu wollen als wären der Chef und alle dort Minijobber?! Kann ja sein, viel wird er vielleicht nicht arbeiten. Aber dumme Sprüche raushauen, das kann er. Wo soll das noch enden? Der Schlachter liebt wenn schon nicht die Schweine, dann doch sicher die Wurst, die er vom in Tötungsabsicht gestreichelten Schwein herstellt. Der Klempner liebt sein Rohr, der Hörgerätemensch packt sein liebes Kind ins Ohr. Und der Tischler liebt natürlich das Holz. Wobei wir bei Geliebten wie Asbest, Feinstaub und Glyphosat gelandet wären, denn wer liebt sein Produkt nicht? Wir jedenfalls.

Wir lieben Schule!
Parteien lieben uns!

Und haben im Wahlkampf die volle Unterstützung der SPD, denn die lieben Bremen. Sie haben Bremen seit Jahrzehnten so doll gedrückt, liebkost und getätschelt, mal mit CDU und FDP, mal mit Grünen, aber jedenfalls immer so fest, dass in vielen Bereichen einiges vom Liebesdruck zersprungen ist. So die Straßen, die nicht saniert werden, sondern mit Schildern »Straßenschäden« ausgestattet werden. So die Brücken, die in Liebestrunkenheit bald nachgeben werden, und so auch die tollen Schulgebäude, die unter Verguss von Liebestränen geschlossen wurden. Viel vom geliebten Rest gammelt vor sich hin oder muss in Containerstädte, sogenannte Liebesboxen (Geflüchtete, Schulkinder, Kitas…) Wohin man schaut sieht man die Liebe der Regierenden. (Ein fieser

Gedanke an Irina Prokops Festhaltetherapie kommt mir hoch. Da wurden die, die es nötig hatten, so lange gedrückt, bis sie Ruhe gaben.) Und wenn alle sich gern haben, und das können jene mich mal, dann sagen wir euch die Wahrheit: Auch wir lieben unsere Leser*innen. Und das Papier, weil es riecht so gut. Und die Druckfarbe, die so herrlich duftet. Und die Redaktion liebt sich, weil wir uns einfach durchgehend mögen.

Ich liebe mich dumm und dämlich

Und im Zuge des Wahlkampf und des Werbens trauen wir uns jetzt auch, das offen und ehrlich zu sagen. Ich zum Beispiel liebe meine in acht Jahren noch nicht fertig renovierte Schule immer noch über alles. Marode Turnhalle, herrlich. Vergammeltes Lehrerzimmer, klasse. Kopierraum ist die Aula, innovativ. Lehrerzimmer ist die Aula, innovativ. Fächer für die Mitarbeitenden, in der Aula. Aula, nicht renoviert. Bibliothek, Schimmel. Ich könnte endlos weiterlieben was uns die Bildungsbehörde und der Senat alles Gutes getan haben in ihrer fürsorglichen Liebe. Drum kniet nieder Geliebte und danket dem Herrn. Er ist im Foto abgebildet (siehe oben).

Seine Vorgänger lieben uns aber auch, das haben sie mir nach Hause geschrieben. Also danket den Herren und seid demütig. Wut schadet nur.

FUNDSTÜCKE

Angenehm sind die erledigten Arbeiten.
Marcus Tullius Cicero

Autoren sollten stehend an einem Pult schreiben.
Dann würden ihnen ganz von selbst kurze Sätze einfallen.
Ernest Hemingway

Man soll die Kritiker nicht für Mörder halten.
Sie stellen nur den Totenschein aus.
Marcel Reich-Ranicki

Anzeige

THEATER BREMEN

18.05. 16.00 Uhr
Codewort: Gänseblümchen
Theater_Werkstatt_Spektakel
Werkstatt der 8 – 10-Jährigen
Brauhauskeller, auch am 19.05. um 16.00 Uhr

19.05. 18.30 Uhr
Aus dem Nichts
von Armin Petras nach dem gleichnamigen Film
von Fatih Akin.
Eine Schauspiel- und Moks-Produktion

22.05. 19.00 Uhr
Neubau
Theater_Werkstatt_Spektakel
Werkstatt der 13 – 14-Jährigen
Brauhauskeller, auch am 23.05. um 19.00 Uhr

25.05. 16.00 Uhr
Ich bin nicht du
Premiere
Ein Tanzstück von Antje Pfundtner und Ensemble
Eine Moks-Produktion
Brauhaus 6+, auch am 27.05., 28.05., 29.05. 19.06., 20.06. 21.06., 24.06., 25.06., 27.06. und 28.06. um 10.30 Uhr

29.05. 19.00 Uhr
Ich & Ich, das andere Du
Theater_Werkstatt_Spektakel
Werkstatt der 13 – 14-Jährigen
Brauhauskeller

05.06. 10.00 Uhr
Grundschultheatertage
Brauhaus, auch am 06.06. und 07.06. um 10.00 Uhr

13.06. 10.30 Uhr
Für Vier
Ein Tanzquartett von Birgit Freitag
Choreografie: Birgit Freitag
Brauhaus, auch am 14.06. 19.00 Uhr und 16.06 16.00 Uhr

schnürschuh theater

20.05. 10.00 Uhr
Tschick
11+, auch am 21.05., 22.05. und 23.05. um 10.00 Uhr

02.06. 18.00 Uhr
Auerhaus
14+

18.06. 10.00 Uhr
PapaYoloEpic Fail
11+, auch am 19.06. 10.00 Uhr

Do., 6. Juni 2019, 19:30 Uhr
Klassenkampf? Gibt's das noch?
Prof. Klaus Dörre, Jena
Villa Ichon, Goetheplatz 4
Die Klassentheorie erlebt seit einiger Zeit eine Renaissance. Dabei darf man laut Dörre nicht davon ausgehen, dass Menschen mit einer ähnlichen Klassenlage und ähnlichen Interessen automatisch solidarisch handeln. Der Normalzustand sei, dass zwischen und innerhalb von Klassen Spaltung, Fraktionierung und Konkurrenz stattfindet. Wie könnte die Linke diese Spaltung überwinden. Kann die Klassentheorie erklären, was anders gemacht werden müsste?

Eine populäre Klassenpolitik, die wirklich in das Alltagsbewusstsein Eingang findet, müsste die bestehenden Hierarchien der Gegensätze verändern und deutlich machen, dass der entscheidende Gegensatz der zwischen Reich und Arm, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist. Wenn man dies nicht tut, dann wirken Klassenverhältnisse laut Dörre nicht in Richtung Solidarität, sondern führen zu sozialer Abgrenzung, Ausgrenzung, Konkurrenz und Abwertung ganzer Gruppen.

Klaus Dörre ist seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Wer sagt das Ergebnis am genauesten voraus?

BLZ-Preisrätsel zur Bürgerschaftswahl

Liebe GEW-Mitglieder,
wer dies hier schnell liest, den politischen Durchblick und ein bisschen Glück hat, uns eine möglichst genaue Prognose sendet, kann eine von drei GEW-Sektflaschen gewinnen.

Die Regeln sind einfach: Bitte den Prozentsatz aller Parteien, die Eurer Meinung nach am Sonntag (26. Mai) mehr als fünf Prozent der Stimmen bekommen, vorhersagen: Wer das Wahlergebnis am genauesten tippt, bekommt den GEW-Sekt. Einsendeschluss ist Sonntag, 26. Mai (17:59 Uhr) unter blz@gew-hb.de. Die Gewinner/innen bekommen am Dienstag, 28. Mai, eine erfreuliche Mail. Viel Spaß beim Prognostizieren!

Smart-Phone – nützlicher Alltagshelfer

Fortbildungsveranstaltung

Fakten und Überlegungen rund um Datenschutz und Datensicherheit
26.06., 15:00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

Stadtverband Bremen

Mai	
21.05.	**FG Inklusion**
	17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
Juni	
03.06.	**AK Gute Bildung für Geflüchtete**
	17 Uhr, DGB Haus Bremen, SZ 2
03.06.	**AK Erwerbslose**
	15 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
04.06.	**FG Inklusion**
	17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
05.06.	**FG Grundschule**
	17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
13.06.	**AK Internationales**
	17 Uhr, DGB Haus, SZ 1
13.06.	**FG Hochschule und Forschung**
	17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen

Seminare im Sommer 2019

Kanu-Tour (nicht nur) für Neu-Mitglieder Bremen
Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue Kolleg*innen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten?
Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt.
Für Mitglieder der GEW Bremen.
22.06., 10:30 - 17:00 Uhr
Start: Lilienthal, Ende: Findorffhafen
Leitung: Michal Myrcik
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(kostenlos für Neumitglieder)

Tolpuddle: Gewerkschaftsfestival in England
Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland, das in Form eines internationalen Camps stattfindet und Jahr für Jahr mehr Menschen anlockt, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben.
Leitung: Frank Hasenbein
18.07. bis 22.07. Ort: Tolpuddle – Dorset
Kostenanteil 20 € incl. Eintritt/Unterkunft für GEW-Mitglieder; die Kosten für Anreise und Verpflegung müssen selbst übernommen werden.
In dem Seminarentgelt ist enthalten:
- Festivaleintritt
- Transfer von Bournemouth/Dorchester zum Festival und zurück
- Unterbringung im Zelt auf dem Festivalgelände
- Die Anreise muss selbst getragen werden (wir unterstützen euch bei der Flug-/Zug- oder Busbuchung)

Seminar für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. Das Seminar eignet sich sowohl für Anfänger*innen, die gänzlich unerfahren mit Personalausschüssen sind und sich einen Überblick verschaffen wollen, wie auch für erfahrenere Kolleg*innen, die am Austausch über die Praxis der Personalausschüsse interessiert sind.
Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski, Andrea Köster
Dienstag 05.09., 9:00 - 16:00 Uhr
Bremen, GEW-Geschäftsstelle, Bahnhofsplatz 22 - 28,
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)